

QUEEN'S LECTURE /mika/ Am 8. November 2001 findet um 17.00 Uhr im Auditorium Maximum (TU-Hauptgebäude) die diesjährige Queen's Lecture statt. Es spricht der Intendant der Bayerischen Staatsoper Sir Peter Jonas. Sein Vortrag beschäftigt sich mit dem Thema „Music Theatre as the Battleground of Tolerance“. Die Queen's Lectures sind eine Vortragsreihe, welche anlässlich des Besuchs der Königin Elisabeth II. am 27. Mai 1965 in Berlin als Gastgeschenk der Briten an die Stadt Berlin eingeführt wurden. An jedem Jahrestag dieses Besuchs sollte ein renommierter britischer Wissenschaftler einen Vortrag über sein Fachgebiet halten. Der Eintritt zur Queen's Lecture ist kostenlos. Weitere Details sind unter Tel.: 314-2 39 22, -2 29 19 zu erfragen.

LUST AN DER TECHNIK WECKEN /cho/ Warum fallen unsere Augen auf optische Täuschungen herein? Wissen wir eigentlich, was wir mit unserem „täglich Brot“ an Inhaltsstoffen zu uns nehmen? Und wie baut man einen Roboter oder einen Zeppelin? Antworten auf diese Fragen, Anregungen und Experimente erwarten Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ab der 9. Klasse bei den Schülerinnen&Schüler-Technik-Tagen der TU Berlin vom 29. Oktober bis 1. November 2001. Neben den rund 50 Projekten gibt es ein Rahmenprogramm, das unter anderem Uni-Rallies und einen Infomarkt über Studium und Beruf sowie Technik und Naturwissenschaft bietet. Für Schülerinnen gibt es spezielle Angebote. Anmeldung und weitere Informationen: TU Berlin, Allgemeine Studienberatung, Stichwort STT, Sekr. IF, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin, Tel.: 314-2 59 78, Fax: 314-2 48 05, E-Mail: stt@tu-berlin.de
➔ www.tu-berlin.de/stt.

+++ Berlin wählt +++

In dieser Ausgabe rückt TU intern die Wahlen in den Mittelpunkt. TU intern fragte Politiker, Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Forschung, Journalisten und TU-Mitarbeiter nach Ideen zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Aus Platzgründen können wir die Interviews nicht vollständig abdrucken. Sie finden sie aber komplett im Internet:
➔ www.tu-berlin.de/presse/tui/01okt/wahlen

INHALT

Wahlen	4/5
Menschen befragt	
SfB	12
Zebars und Physik	
Im Netz	15
Patentdatenbanken	

„An morgen denken ...“

Wissenschaftspolitik in Zeiten knapper Kassen



Nichts bleibt wie es ist – diese Lebensweisheit könnte man auch als Motto über die vergangenen Monate Wissenschaftspolitik in dieser Stadt verhängen. Aus der großen Koalition wurde eine rot-grüne Regierung, der Berliner Zukunftsfonds schrumpfte von 250 anvisierten Millionen auf magere 20 Millionen. Dem CDU-Wissenschaftssenator folgte eine im Parteienkampf erfahrene Dame aus Hamburg, und nicht nur die Feuilletonjournalisten dieser Stadt debattierten über mancherlei Ohrschmuck. Lebenswissenschaften als Diskussionsthema für den Wissenschaftssommer standen nach den Terroranschlägen in den USA weit hinten auf der gewünschten Prioritätenliste des Publikums.

Der Übergangssenat von Berlin hatte nicht viel Zeit – die neue Kultur- und Wissenschaftssenatorin Adrienne Goehler noch nicht einmal für die Einarbeitung in ihr Doppelressort. Und doch wurde einiges angeschoben, die Richtung wird jedoch erst der neue Senat nach dem Wahltag am 21. Oktober entscheiden. Eine kleine Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes hatte das Abgeordnetenhaus Ende September verabschiedet. Mit ihr ist auch der Weg für das lang diskutierte Semesterticket in Berlin frei. Damit besteht die Chance, dass frühestens ab kommendem Sommersemester die Studierenden für 215 Mark pro Semester in den Zonen A bis C mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein können. In neue Gesetz wurde weiterhin ausdrücklich die „Förderung aktiver Toleranz“ als Aufgabe für die Studentenausschüsse aufgenommen. Damit erhalten sie einen gesetzlichen Auftrag, in allen Fällen der Dis-

kriminierung und der Ausländerfeindlichkeit ihre Stimme erheben zu dürfen. Auch gibt es eine erweiterte Rechtsgrundlage für die Beteiligung der Frauenbeauftragten in den Belangen der Hochschulen. Unnötige Verzögerungen durch organisatorische Probleme will man durch studienbegleitende Prüfungen abfedern. Dadurch soll die große Abschlussprüfung entlastet werden. Ziel sind kürzere Studienzeiten. Im Zuge der Novellierung wurde die Hochschule der Künste in eine Universität umbenannt. Dies soll sich vor allem bei der Kooperation im internationalen Bereich positiv auswirken, so die Politiker. Doch nach geleisteter Arbeit muss man schon an morgen denken. Die Politiker – durch den Wahlkampf verpflichtet – entdeckten wieder einmal den Bereich Bildung (siehe auch S. 4, 5 und 15). Doch weitaus wichtiger als Wahlkampfreden ist eine zügige und nachhaltige Umsetzung. Um diese mit Vehemenz einzufordern, hat sich die Initiative „An morgen denken – Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam für Berlin“ gegründet, in der auch TU-Präsident Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers aktiv mitarbeitet und den Bereich Kompetenzzentren vertritt. Dieser Zusammenschluss von Persönlichkeiten

vorgelegte Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) brachte dazu konkrete Zahlen: Jede vom Berliner Senat ausgegebene Mark für Wissenschaft und Forschung schafft in Berlin eine dreimal so hohe Nachfrage. Das DIW zeigte auf, dass die Ausgaben der vom Berliner Senat geförderten Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im vergangenen Jahr eine regionale Nachfrage von 6,8 Milliarden. DM erzeugten; das entsprach 4,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes von Berlin. Dem standen rund 2,2 Milliarden. DM an Ausgaben der Stadt für wissenschaftliche Einrichtungen gegenüber. Die Initiative will besonders vor diesem Hintergrund deutlich machen, dass weitere Einsparungen die Wissenschaft in ihrer Substanz und damit die Zukunft Berlins beschneiden. Negatives Beispiel dafür ist die Reduzierung des Zukunftsfonds, aus dem innovative Technologieprojekte gefördert werden sollten. Das zu ändern ist eine Aufgabe für den neuen Senat. Dann können die Politiker zeigen, ob sie das Vorhaben in die richtige Richtung lenken können bzw. wollen.

Stefanie Terp

➔ www.an-morgen-denken.de

Zukunftstechnologie: Elektro-Autos im Corso durch Berlin

Vom 21. bis 24. Oktober 2001 findet im ICC (International Congress Center) in Berlin das 18. Internationale Electric Vehicle Symposium (EVS 18) statt, das von der TU Berlin ausgerichtet wird. In seinem Konferenzteil führt das Symposium über 1500 Experten aus aller Welt zusammen, um über die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Elektrofahrzeuge zu diskutieren. Zugleich soll in dem Ausstellungsteil gezeigt werden, welche Fahrzeuge und Fahrzeugkomponenten die zukünftige Entwicklung der Mobilität vor allem in Städten und Ballungsgebieten bestimmen werden. In fünf Messehallen präsentieren über 120 Aussteller ihre Erzeugnisse, darunter namhafte internationale Firmen wie DaimlerChrysler, Fiat, Ford, General Motors, Honda, Hyundai, MAN, Nissan,

Piaggio, Renault, Siemens, Toyota oder VW. Damit ist dies die größte EVS, die es in Europa je gegeben hat. Auch die TU Berlin ist mit Beiträgen auf der Sonderschau „Electric Vehicle – A Challenge for New Technologies 2001“ auf einem gemeinsamen Forschungsmarktstand mit Berliner Instituten vertreten (siehe auch Seite 11). Ein Elektro-Auto-Corso, vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit höchstpersönlich gestartet, bildet den Auftakt zum Event: Am Samstag, dem 20. Oktober, 11.30 Uhr, formiert sich vor der Gedächtniskirche ein Zug lautloser emissionsfreier Fahrzeuge der neuen Generation zu einer Fahrt entlang des Kurfürstendamms zum Potsdamer Platz. Als Rahmenprogramm bietet das EVS 18 mit dem „ride & drive“ den interessier-

ten Berlinern Gelegenheit zum Probefahren. Ab Sonntag, dem 21. Oktober, 10.00 Uhr, können twikes and bikes im Innenring um den Funkturm erprobt werden. Vom ride & drive an der Masarenallee geht's direkt in den Berliner Stadtverkehr (während der ganzen EVS auch für die Messebesucher täglich 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet). tui
➔ <http://evs18.tu-berlin.de>

International Electric Vehicle Symposium, 20. bis 24. Oktober, Messegelände am Funkturm, Öffnungszeiten: So bis Mi, jeweils 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr, Eintritt: Tageskarte DM 20,- ermäßigt: DM 12,- Dauerkarte DM 50,- Sonntag Eintritt frei

An die Mitglieder der TU Berlin

Mit Trauer und größter Bestürzung haben die Mitglieder der TU Berlin die Terroranschläge in den USA verfolgt. Die TU Berlin brachte ihre tiefe Betroffenheit und ihre Anteil nehmende, solidarische Verbundenheit mit den Opfern, ihren Familien und mit dem ganzen amerikanischen Volk in Schweigeminuten, mit einer Erklärung im Akademischen Senat und mit einem Brief an die US-Partneruniversitäten zum Ausdruck. In einem offenen Brief an alle Mitglieder der Universität rief der Präsident zu Toleranz und Gerechtigkeit auf:

Nach den Terroranschlägen in New York und Washington sind sehr viele Opfer zu betrauern. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der TU Berlin war es ein besonderes Anliegen, ihre Solidarität und ihr Mitgefühl mit den Angehörigen und dem amerikanischen Volk zu zeigen. Doch die Auswirkungen dieses beispiellosen Terroraktes betreffen auch unser Zusammenleben und unsere gemeinsame Arbeit an der TU Berlin. Gerade vor diesem Hintergrund muss unsere Universität ein Ort der freien Meinungsäußerung und des offenen Gesprächs bleiben. Es ist daher wichtig, dass Toleranz und Offenheit den Mittelpunkt unserer Zusammenarbeit und unseres wissenschaftlichen Austausches bilden.

Wie Sie sicher der Medienberichterstattung entnommen haben, ermittelt die Berliner Polizei – in Abstimmung mit den Behörden anderer Bundesländer – im Interesse der Gefahrenabwehr unter anderem auch an der TU Berlin. Im Zuge dieser Ermittlungen wurden die Personalien bestimmter Personengruppen auf der Basis einer richterlichen Anordnung bei den entsprechenden Stellen angefordert und mit anderen Informationen abgeglichen. Aufgrund dieser richterlichen Anordnung hatte auch die TU Berlin keinen Ermessensspielraum und musste Daten ihrer Studierenden weitergeben. Diese Weitergabe erfolgte ausschließlich und in jedem Fall über die Datenschutzbeauftragte. Es existieren keine Kopien der Datensätze in anderen Bereichen unserer Universität. Die Abfrage wurde ebenso nicht gespeichert.

Wir sind besorgt, dass in der Öffentlichkeit den Universitäten – und hier im besonderen Fall unseren ausländischen Studierenden – nun mit Misstrauen begegnet wird. Wir betonen an dieser Stelle ausdrücklich, dass dies nicht gerechtfertigt ist und wir alles unternehmen werden, diesem Misstrauen entgegenzuwirken. (...) Als eine Universität, die durch Internationalität lebt, dürfen und werden wir einem Klima der pauschalen Verdächtigungen und des Misstrauens keine Chance geben. Wir bitten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Technischen Universität Berlin, sich für Toleranz und Gerechtigkeit einzusetzen.

Uns ist von der Berliner Senatsverwaltung versichert worden, dass die Ermittlungsbehörden eine höchstmögliche Sensibilität beim Datenumgang walten lassen und dass die Daten so bald wie möglich gelöscht werden. Selbst dann, wenn Datensätze zu einem „Profil“ passen sollten, wird nicht ohne weiteres von einem Verdachtsmoment ausgegangen werden.

Falls Sie befürchten, von dieser Maßnahme betroffen zu sein, oder sich in anderem Zusammenhang durch die Situation belastet fühlen, wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Beratungsstellen. Insbesondere an den Studienberater für ausländische Studierende, Herrn Nitsche, Raum H 55. Auch die Psychologische Beratung in den Räumen H 60-61 steht Ihnen für Gespräche und Erläuterungen gern zur Verfügung. Ihr Prof. Dr. Hans-Jürgen Ewers, Präsident der TU Berlin

INTEGRATION ABGESCHLOSSEN

/tui/ Nach der Übernahme sämtlicher Gesellschafteranteile durch die Fraunhofer-Gesellschaft ist nun die Verschmelzung von GMD-Forschungszentrum Informationstechnik GmbH und Fraunhofer-Gesellschaft auch rechtlich abgeschlossen. Nach Ausarbeitung des umfangreichen Forschungsprogramms „Leben und Arbeiten in einer vernetzten Welt“ hat sich die Fraunhofer-Gruppe Information und Kommunikation (IuK) konstituiert und ihre Vorsitzenden gewählt: Prof. Dr.-Ing. Jose L. Encarnacao, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Graphische Datenverarbeitung IGD in Darmstadt, und zum Stellvertreter Prof. Dr. Ulrich Trottenberg, Leiter des bisherigen GMD-Instituts für Algorithmen und Wissenschaftliches Rechnen SCAI in Birlinghoven. Die Fraunhofer-Gruppe IuK, in der alle acht bisherigen GMD-Institute vertreten sind, besteht aus insgesamt 15 Instituten mit mehr als 2000 Mitarbeitern und einem Budget von über 170 Millionen Euro. Die Fraunhofer-Gesellschaft betreibt nun 56 Forschungsinstitute an Standorten in der gesamten Bundesrepublik und beschäftigt rund 11 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

HELMHOLTZ-GEMEINSCHAFT

/tui/ Die Vorstände der zur Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft gehörenden Forschungszentren haben am 12. September 2001 in Berlin das Gründungsprotokoll für die Helmholtz-Gemeinschaft e.V. unterschrieben. Die Helmholtz-Gemeinschaft will damit ihre Kräfte bündeln, die Kooperation mit den Hochschulen stärken und für eine schnellere und bessere Umsetzung von Ergebnissen in die Wirtschaft sorgen. Prof. Dr. Walter Kröll löst Prof. Dr. Detlev Ganten als Vorsitzenden ab. Kröll leitete bisher das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt.

STRUKTURBROSCHÜRE

/tui/ Wer sich einen schnellen Überblick über die neue Struktur der TU Berlin nach der Neugliederung der ehemals 15 Fachbereiche in acht Fakultäten verschaffen will, kann jetzt auf die neue Auflage der Broschüre „TU Berlin – Struktur der Fakultäten“ zurückgreifen. Die Broschüre, die von der TU-Pressstelle herausgegeben wird, ist in deutsch und englisch erhältlich. Bestellungen nimmt die TU-Pressstelle entgegen: TU Berlin Presse- und Informationsreferat, Straße des 17. Juni 135 10623 Berlin, Tel.: 314-2 29 19 oder -2 39 22, Fax: 030/314-23909, E-Mail: pressestelle@tu-berlin.de
 → www.tu-berlin.de/uebertu/struktur/
 → www.tu-berlin.de/eng/about_tu/structure/

NEUE STIFTUNG

/tui/ Die ehemalige Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft (1982–1987) und innerdeutsche Beziehungen (1987–1990), Dorothee Wilms, hat beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft die mit einer Million Mark dotierte „Dorothee-Wilms-Stiftung“ errichtet. Sie wird vorwiegend im Bereich der Geisteswissenschaften tätig werden. Die Stiftung will Stipendien und Druckkostenzuschüsse vergeben, Studienaufenthalte und Projekte fördern. Die ersten Bewilligungen der Stiftung werden für 2002 erwartet.

HOCHSCHULRANKINGS

/tui/ Ein Drittel der Studienanfänger in Deutschland greift inzwischen bei der Wahl eines Studienplatzes auf ein Hochschulranking als Orientierungshilfe zurück. Dies ergab eine aktuelle Befragung der Universität Bielefeld und des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) von knapp 700 Studienanfängern an zehn verschiedenen Hochschulen im gesamten Bundesgebiet. 73 Prozent der Rankingnutzer legen Wert auf eine gute Bewertung der Lehre, und für 36 Prozent sind interessante Studienangebote oder besondere Studienschwerpunkte ausschlaggebend. Eine kurze Studiendauer spielt dagegen kaum eine Rolle.

**Zukunftsfonds:
Erster Zahlungseingang**

Die im Juni durch den Nachtragshaushalt auf 20 Millionen Mark zusammengeschrumpften Finanzmittel für den Zukunftsfonds Berlin sind Mitte August auf das Konto der TSB Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin eingegan-

aus, dass das Land, trotz der angespannten Haushaltslage, den Zukunftsfonds im vertraglich vereinbarten Umfang von 250 Millionen Mark zur Verfügung stellen wird. Bereits zehn Projekte mit einem Fi-



gangen. Mit dem Geld können nun zunächst die schon durch das Kuratorium der TSB in Höhe von 14,9 Millionen Mark genehmigten Projekte in die Tat umgesetzt werden. Die TSB geht davon

nanzvolumen von insgesamt 46,5 Millionen Mark hat der Technologie- und Innovationsrat des Landes Berlin (TIR) zur Förderung durch den Zukunftsfonds empfohlen. **tui**

**Thesepapier von BDI und DIHT:
Mehr Wettbewerb – weniger Regulierung**

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) haben eine gemeinsames Thesepapier „Die öffentliche Forschungslandschaft in der Wissensgesellschaft: Mehr Wettbewerb – weniger Regulierung“ herausgegeben. Darin vertreten sie die Auffassung, Deutschland drohe im Wettlauf in die industrielle Wissensgesellschaft Deutschland hinter die führenden Industriestaaten zurückzufallen. Eine Ursache sehen BDI und DIHT in der zu geringen Effizienz des deutschen Innovationssystems, das von Forschung und Entwicklung bis hin zur erfolgreichen Markteinführung neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen reicht. „The World Competitiveness Yearbook von 1999“ verweise Deutschland bei den Outputfaktoren des Innovationssystems – wie zum Beispiel den Anwendungen neuer Technologien oder der Verfügbarkeit von Ingenieuren und IT-Fachkräften – abgeschlagen in das hintere Mittelfeld. Der Beitrag der öffentlich finanzierten Forschung zur Lösung von Problemen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sei zu gering, wie der Wissenschaftsrat in seinem im Juli 2000 verabschiedeten „Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland“ festgestellt hat. Eine Ursache hierfür sind die immer noch viel zu starren Strukturen in der deutschen Forschungsland-

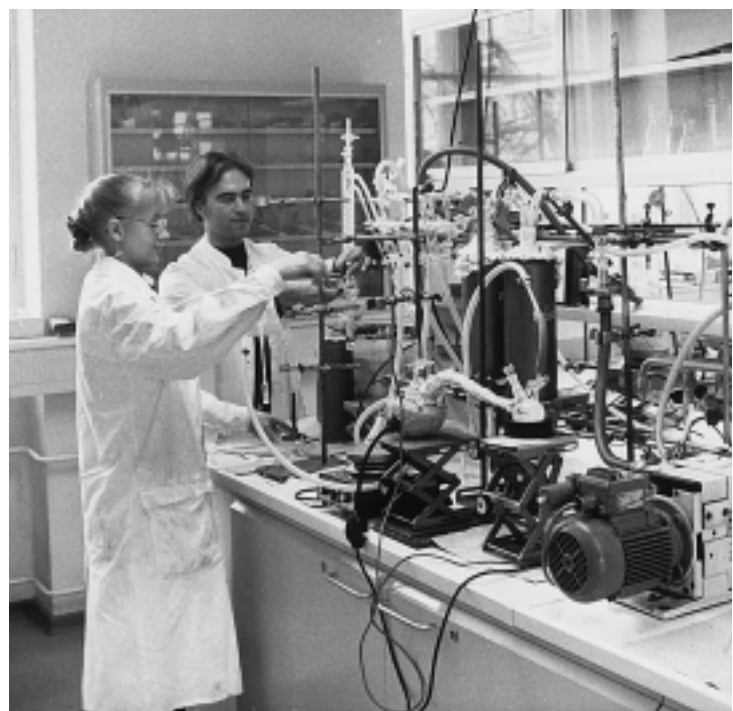
schaft. BDI und DIHT stellen daher Thesen für mehr Freiheit und Wettbewerb in der öffentlichen Forschung zur Diskussion. Die Thesen im einzelnen:
 1. Wissensunternehmen statt Staatsbü-

**Kooperation mit DaimlerChrysler:
Praxisnähe – weltweit**

Nach zwei erfolgreichen Jahren der Kooperation haben die DaimlerChrysler AG und die TU Berlin die Fortführung der gemeinsamen Aktivitäten im Center für Wandel- und Wissensmanagement (CWW) beschlossen. Mit Günter Fleig, Personalvorstand und Arbeitsdirektor der DaimlerChrysler AG, konnte ein engagierter Mentor gewonnen werden. Das CWW ist ein interdisziplinäres Kooperationsprojekt mit der Zielsetzung eines schnellen und umfangreichen Wissenstransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Unter Beteiligung weiterer internationaler Konzerne (Siemens AG, Bertelsmann AG) stellt das Center insgesamt eine Plattform zum Aufbau und Austausch innovativen Wissens dar. Mit Beginn des Wintersemesters 2001/2002 werden nach bewährtem Konzept hochrangige Manager des DaimlerChrysler-Konzerns Vorträge an der TU Berlin zu aktuellen Themen halten, die um einen Workshop ergänzt werden. Im Sommersemester sollen die

Studierenden selbst aktiv werden und ihr erworbenes theoretisches Wissen in der Praxis anwenden. Es werden eine limitierte Anzahl von exklusiven Praxisessays an weltweiten Konzernstandorten angeboten. Bei Inlandsprojekten wird meist die Erstellung von Studien- und Diplomarbeiten ermöglicht. Die Veranstaltungsreihe an der TU Berlin richtet sich an Studierende aller Studiengänge der TU Berlin. Prof. Dr. Axel v. Werder, Leiter der Kooperation und Inhaber des Lehrstuhls für BWL – Organisation und Unternehmensführung, hebt jedoch besonders die Möglichkeit einer zusätzlichen Managementausbildung für die angehenden Ingenieure der Technischen Universität Berlin hervor. Bei Interesse erhalten Sie weitere Informationen bei Dipl.-Wirtsch.-Ing. Oliver Reichel, Tel. 314-25173, E-Mail: cww@www.tu-berlin.de.

Prof. Dr. Axel v. Werder/
 Dipl.-Wirtsch.-Ing. Oliver Reichel
 → www.cww.tu-berlin.de



Wettbewerb ist das Schlüsselwort für Effizienz in der öffentlichen Forschung

- 2. Höhere Effizienz der öffentlichen Forschung nur durch Wettbewerb.
 - 3. Ausbau der projekt- und programmorientierten Förderung: Wettbewerb in der Forschung kann so am wirksamsten erreicht werden.
 - 4. Staatliche Vorsorge- und Ressortforschung in den Wettbewerb einbeziehen: Die Mittel der staatlichen Vorsorge- und Ressortforschung werden am ehesten optimal eingesetzt, wenn sie in Programmen und Projekten definiert und im Wettbewerb vergeben werden.
 - 5. Forschungsprogramme zur Steigerung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit im Dialog mit der Wirtschaft festlegen.
 - 6. Stärkere Vernetzung innerhalb der deutschen Forschungslandschaft.
 - 7. Gleiche Ausgangsbedingungen für den Wettbewerb schaffen: Alle Forschungsinstitute und Hochschulen müssen sich unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Wissenschaftsorganisation an den verschiedenen Wettbewerbsverfahren beteiligen können.
 - 8. Autonomie und Wettbewerb in der Hochschullehre.
 - 9. Mehr staatliche Mittel für die Forschung: Das Ziel, die öffentlichen Mittel für Forschung durch mehr Eigenverantwortung, Wettbewerb und Kooperation in der Wissenschaft deutlich wirksamer einzusetzen, hat Priorität. **tui**
- www.bdi-online.de/frames/publikationen.html

+++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++



Prof. Dr. jur. Manfred Erhardt, Wissenschaftssenator a. D., Stifterverband der Deutschen Wissenschaft

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt werden würden?

Der Senat sollte mit den (einigen) Pfunden wuchern, die Berlin hat: Wissenschaft und Kunst. Er sollte aufhören, dafür den Bund in Anspruch zu nehmen, sondern lieber seine Hausaufgaben machen und zuallererst die entsprechenden Weichen im Landeshaushalt selbst stellen. Dazu gehören: die Ausfinanzierung von mindestens 85 000, besser noch 100 000 Studienplätzen; die Bereitstellung der vertraglich versprochenen 250 Millionen DM für den (auf 20 Millionen DM abgemagerten) Zukunftsfonds; die Bildung eines zentralen Topfes, um die altersbedingte Fluktuation im Professorenbereich zur Gewinnung einer wissenschaftlichen Elite zu nutzen; die Rückkehr zu fairen, d. h.



Prof. Dr. Detlev Ganten, Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt werden würden?

„Berlin-Professur“: (...) Berlin als „Global City“ muss ein Sammel- und Konzentrationspunkt sein für die Eliten dieser Welt, die die Zukunft gestalten. Der Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur in enger Verbindung mit dem Senator für Wirtschaft und Finanzen hat die Entscheidungen der Zukunft in der Hand. Personelle und finanzielle Investitionen in diesem Bereich werden schon in kurzer Zeit eine neue Blüte Berlins ermöglichen. (...) Dies bedeutet massive Förderung der außeruniversitären Einrichtungen der Technologieparks Adlershof und Berlin-Buch und eine engere Verbindung von Kunst

ausreichend finanzierten Hochschulverträgen; die Bildung eines Forschungspools zur Unterstützung neuester Entwicklungen. (...)

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsident der TU Berlin wären?

Ich würde den neuen Senat auf eine faire und vertrauensvolle Kooperation verpflichten und gleichzeitig versuchen, in Sachen Strukturentwicklung, Schwerpunktsetzung und Profilbildung mit den Präsidenten von FU und HU gemeinsame Sache zu machen. Motto: Die Schwäche der Selbstkoordination ist die Stärke von Politik und Senatsverwaltung (und umgekehrt).

Was können aus Ihrer Sicht Medien und Universität tun, damit nicht nur über Kultur, sondern auch über die Anliegen aus Wissenschaft und Hochschule gesprochen und diskutiert wird?

Marketing und Öffentlichkeitsarbeit professionalisieren; den Dialog mit der Öffentlichkeit und gesellschaftlichen Gruppen möglichst vielen Wissenschaftlern zur Aufgabe machen und dabei Wissenschaftsjournalisten als „Übersetzer“ einbeziehen und im übrigen: geduldige Bretter bohren.



Land nimmt Hochschulen in die Pflicht

Hochschulverträge verabschiedet – Zuschüsse auch von Leistung abhängig

Die Präsidenten und Rektoren der Berliner Hochschulen und Wissenschaftssenatorin Adrienne Goehler haben am 18. Juli 2001 die vom Parlament beschlossenen Hochschulverträge für die Jahre 2003 bis 2005 unterzeichnet. Neben rund sieben Milliarden DM konsumtiver Mittel erhalten die Hochschulen investive Zuschüsse von rund 500 Millionen DM, von denen 150 Millionen DM in ein Professurenenerneuerungsprogramm für die Universitäten und Universitätskliniken fließen. Die festen Zuschüsse gleichen den Zuwachs bei den Pensionslasten ebenso aus wie Tarifsteigerungen von 1,5 Prozent.

Der Ausbau der Fachhochschulen wird – wie vom Wissenschaftsrat nachdrücklich gefordert – forciert. Hierfür bringen die Universitäten in den folgenden 15 Jahren insgesamt 75 Millionen Mark in einen Strukturfonds ein, dessen Mittel im Wettbewerb an die Fachhochschulen vergeben werden. Dadurch wird der Fachhochschulanteil an den Studienplätzen von bisher 27 Prozent auf 39 Prozent erhöht.

Ein Teil der öffentlichen Zuschüsse wird künftig nach den Leistungen in Lehre, Forschung, Nachwuchsförderung und Frauenförderung vergeben. Der Anteil an nach Leistung verteilten Mitteln steigt von sechs Prozent im Jahr 2002 auf 15 Prozent in den Jahren 2004 und 2005. Die TU Berlin erhält für die Jahre 2003 bis 2005 konsumtive Zuschüsse in Höhe von rund 1,6 Milliarden Mark. Die investiven Zuschüsse werden sich in diesem

Zeitraum auf rund 100 Millionen Mark belaufen. Davon ist jährlich ein Betrag von 15 Millionen Mark zweckgebunden

für die Ausstattung von künftig zu besetzenden Professuren. Die TU Berlin hat sich vertraglich zu ei-

ner Reihe von Maßnahmen und Zielen verpflichtet. Sie wird ihren Strukturplan von 1998 mit der Planung zum 31. 12. 2005 fortschreiben. Zur Förderung von Frauen, insbesondere in der Wissenschaft, werden Zielvereinbarungen abgeschlossen. Die TU Berlin strebt an, dass die durchschnittliche Studienzeit in Deutschland nicht überschritten wird. Sie wird bis zum 31. 12. 2003 die Hälfte ihrer Diplom- und Magisterstudiengänge modularisieren und in diesen ein Leistungspunkte-System einführen. Außerdem wird sie in geeigneten Bereichen gestufte Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor und Master einrichten. In Abstimmung mit der Multimedia-Hochschulservice GmbH werden verstärkt multimediale Instrumente entwickelt und eingesetzt. Zur weiteren Internationalisierung des Studienangebotes wird sie unter anderem das fremdsprachliche Lehrangebot erhöhen. Die TU Berlin setzt die Evaluation ihrer Studiengänge fort. Lehrveranstaltungen werden auf der Grundlage von Befragungen von Studierenden bewertet. Die TU Berlin wird die Möglichkeiten der Betreuung von Promotionsvorhaben insbesondere durch Graduierten- und Promotionskollegs verstärken. Außerdem wird sie den Anteil von Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen an ihren Promovenden erhöhen. Über Stand der Erfüllung ihrer Pflichten legt die TU Berlin zum 30. 4. jeden Jahres dem Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur Rechenschaft ab. *tui*

Konsumtive Zuschüsse an die staatlichen Berliner Kuratorialhochschulen (mit Ausnahme der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege):

2003	2.306.323.000 DM
2004	2.339.345.000 DM
2005	2.370.050.000 DM

Konsumtive Zuschüsse an die TU Berlin

2003	529.352.000 DM
2004	537.972.000 DM
2005	542.332.000 DM

Investive Zuschüsse an die TU Berlin

2003	36.000.000 DM
2004	36.000.000 DM
2005	36.000.000 DM

Hochschulverträge: Mehr Chancengleichheit für Frauen an Hochschulen

Ende Juli haben die Präsidenten der Berliner Universitäten und Fachhochschulen die Hochschulverträge unterschrieben, die den Hochschulen Planungssicherheit für die Jahre 2003 bis 2005 geben sollen. Aus Sicht der Gleichstellungspolitik gibt es darin zwei bemerkenswerte Neuerungen. Sie weisen nämlich einen Paragraphen „Chancengleichheit für Frauen an Hochschulen“ auf, der die Hochschulen dazu verpflichtet, „insbesondere die Realisierung nicht vollständig umgesetzter Festlegungen der Ergänzungsverträge“ sicherzustellen. Damit wird den Hochschulen auferlegt, die konkreten Vorgaben der zurzeit geltenden Verträge (Erhöhung der Frauenanteile auf Professuren, Qualifikationsstellen und in technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen sowie die Verbesserung der Studien- und Arbeitssituation für Mütter) endlich mittels Zielvereinbarungen um-

zusetzen. Schärfer als früher ist in dem neuen Vertrag die Berichtspflicht der Hochschulen auch über ihre Leistungen bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages festgeschrieben. Auch in dem neuen Element der zukünftigen Verträge, der „Leistungsbezogenen Mittelzuweisung“, ist die Gleichstellung als ein Leistungsparameter enthalten, und zwar in Höhe von fünf Prozent der zu verteilenden Mittel (2,5 Millionen DM für die Universitäten), was nicht unbedingt ein wirklicher Leistungsanreiz ist. Ursprünglich waren als Parameter lediglich die Bestandsdaten der Professorinnen, die Anzahl der Promovendinnen und der Anteil der Absolventinnen vorgesehen, was zu einer sehr statischen Verteilung der Mittel geführt und die beiden Universitäten, die schon jetzt über eine relativ hohe Frauenquote verfügen, bevorzugt hätte. Dieser Umstand wäre für beide also

kein besonderer Leistungsanreiz gewesen, während wiederum für die TU Berlin mit ihrem notorisch niedrigen Frauenanteil keinerlei Anreiz entstanden wäre, sich in der Gleichstellungspolitik zu engagieren, weil sie auf längere Sicht immer nur gezahlt hätte. Nach langen und zähen Verhandlungen mit der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung ist es der Landeskongress der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen gelungen, eine Dynamisierung in die Kriterien einzubauen, und zwar in Gestalt des Anteils von Frauen bei den Neuberufungen. Mit der Aufnahme dieses Faktors ist der frauenpolitisch zentrale Punkt in den Fokus geraten, der am dringlichsten der Verbesserung bedarf. Die Anzahl von Neuberufungen von Frauen ist in den vergangenen Jahren an HU und FU dramatisch gesunken: für 2000 vermeldet die FU eine Quote von 6,9 (1996: über 30 Prozent!), die HU von

0, die TU Berlin von 15 Prozent. Allein die Bewegungsdaten bieten auch für eine Universität wie die Technische die Möglichkeit, bei der Berufung von Frauen auf Professuren mitzuhalten, sich selbst sozusagen einen Bonus zu erwirtschaften und nicht nur wegen des geringeren Anteils von Frauen an die beiden anderen Universitäten abzugeben. Ziel der Landeskongress der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen für die nächste Zukunft wird sein, den zu verteilenden Mittelanteil für die Gleichstellung von fünf auf zehn Prozent zu erhöhen. Denn: Von der Höhe der zu gewinnenden Mittel hängen selbstredend die Anstrengungen der Hochschulen ab, sich um die Verbesserung der Situation von Frauen an Hochschulen zu bemühen – und dafür kann der materielle Anreiz erfahrungsgemäß gar nicht groß genug sein. *Heidi Degethoff de Campos, Zentrale Frauenbeauftragte der TU Berlin*

FORSCHUNGSDIALOG FUTUR /tui/ Im Juli startete der von Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn initiierte deutsche Forschungsdialog FUTUR. Der neu eingerichtete Innovationsbeirat des BMBF ist mit hochrangigen Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Nicht-Regierungsorganisationen besetzt. Er wird das BMBF insgesamt bei seinen forschungspolitischen Entscheidungen, aber insbesondere zu den Ergebnissen des deutschen Forschungsdialogs beraten. FUTUR nennt das BMBF den neuen Prozess zur Identifikation von Forschungsthemen. Insgesamt werden rund 2000 Menschen eingeladen, aktiv Bilder von unserer Gesellschaft von übermorgen zu entwickeln. Bis zum Frühjahr 2002 erwartet die Ministerin konkrete Vorschläge für Schwerpunkte der Forschungspolitik. www.futur.de

HOCHSCHULFINANZEN 1999 /tui/ Das Land Berlin gab 1999 für die in Berlin ansässigen 16 Hochschulen – dazu gehörten 4 Universitäten einschließlich der 2 Universitätskliniken, 4 Kunsthochschulen, 6 Fachhochschulen und 2 Verwaltungsfachhochschulen in Bundes-, Landes- oder privater Trägerschaft – insgesamt mehr als 2,5 Milliarden DM aus. Wie das Statistische Landesamt weiter mitteilt, verfügten die Hochschulen mit den Verwaltungseinnahmen und Drittmitteln zusammen über Einnahmen, mit denen sie knapp 4,3 Milliarden DM für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung ausgeben konnten. Das war gegenüber dem Vorjahr bei gleichzeitiger Erhöhung der Studentenzahl (ein Prozent) und Abnahme des Hochschulpersonals (0,3 Prozent) ein Anstieg um 145 Millionen DM bzw. 3,5 Prozent. www.statistik-berlin.de

KOMMUNIKATIONSPLATTFORM FÜR EXISTENZGRÜNDER /tui/ Auf Grund der Existenzgründerlehrstuhl-Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) konnten in den letzten drei Jahren in Deutschland zusammen mit privaten Unternehmen und Stiftungen bereits 42 Existenzgründerlehrstühle geschaffen werden. Eine Zwischenbilanz dieser Initiative im August ergab, dass sich etwa jeder zweite Erstsemestler selbstständig machen will. Allerdings wagen nur zehn Prozent der Hochschulabsolventen den Schritt – und das auch erst fünf Jahre nach dem Studium. Neben zahlreichen weiteren Maßnahmen richten BMWi, DtA und der Förderkreis Gründungs-Forschung daher jetzt eine Kommunikationsplattform ein. Sie steht künftig den Hochschulen und Unternehmen als virtueller Marktplatz und Treffpunkt zur Verfügung. www.bmbi.de

VERBAND HOCHSCHULE UND WIRTSCHAFT /tui/ Der Landesverband Berlin des Verbandes Hochschule und Wirtschaft im Deutschen Beamtenbund glaubt, dass er im Unterschied zu anderen Bundesländern – zu wenig bekannt ist. Der Verband ist sowohl um konstruktive Beiträge zur Hochschulentwicklung als auch um Interessenvertretung der Wissenschaftler an Hochschulen bemüht. Er hat gewerkschaftliche Rechte und bezieht seine Arbeit auf alle Hochschultypen. www.hochschulgemeinschaft.de

HOCHSCHULFINANZIERUNG /tui/ Die Hamburger Hochschulen erhalten ein wettbewerbsorientiertes Finanzierungsmodell. Für jede Hochschule wird ein eigener Leistungsindex zwischen Staat und Hochschule vereinbart. Das Modell koppelt Indikatorsteuerung mit Zielvereinbarungen und rückt die Profilbildung der Hochschulen als Leistungskriterium in den Mittelpunkt. Es wurde in Kooperation zwischen dem Stadtstaat, den Hochschulen und dem CHE Zentrum für Hochschulentwicklung erarbeitet und wird 2002 erstmals finanzwirksam.

+++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++



Prof. Dr.-Ing. E. h. Hans-Olaf Henkel, Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt werden würden?

Ich würde mich daran erinnern, dass über zwei Drittel meines Budgets mit der Wissenschaft und nicht mit Kultur zu tun haben. Das bedeutet, dass ich mich nicht nur um medienwirksame Themen wie Opernhäuser, Klavierkonzerte und Volksfeste, sondern auch um die Nöte der Forschung und Bildung kümmern sollte.

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsident der TU Berlin wären?

Die Budgets der Forschungsinstitute anheben. Für jede Mark, die Berlin gibt, zahlt der Bund noch einmal zwei Mark dazu. Leider gilt das auch umgekehrt, wenn der Senat eine Mark spart, dann verliert Berlin insgesamt drei.

Was können aus Ihrer Sicht Medien und Universität tun, damit nicht nur über Kultur, sondern auch über Anliegen aus Wissenschaft und Hochschule gesprochen und diskutiert wird?

Wir müssen gemeinsam mehr für das „Public Understanding of Science“ tun. Mit dem „Wissenschaftssommer“ zwischen dem 12. und 17. September machten wir einen spektakulären Anfang. Eine Woche lang haben die führenden



deutschen Wissenschaftsgemeinschaften zusammen mit den Berliner Universitäten die verschiedensten Disziplinen näher gebracht. Das alles kulminierte mit einer „langen Nacht der Wissenschaft“ am Samstag, dem 15. September, an dem die Berliner die Gelegenheit hatten, verschiedene Institutionen zu besuchen.



Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Hans-Peter Keitel, Vorsitzender des Vorstandes von HOCHTIEF

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt würden?

Bezogen auf die Hochschulen, wäre mir vor allen Dingen wichtig, deren Selbstverwaltung und -verantwortung zu stärken. Darüber hinaus würde ich mich dafür einsetzen, den Leistungsgedanken zu fördern: nicht nur bei den Studierenden, sondern auch bei den Lehrenden und der Hochschulverwaltung. Außerdem würde ich internationale Maßstäbe anlegen: Internationale anerkannte Abschlüsse sind dabei ein Aspekt. Es geht aber auch um die Reputation der deutschen Hochschulen im Vergleich zu anderen Ländern. Internationale Maßstäbe anzulegen bedeutet, über den eigenen, den deutschen Tellerand hinauszuschauen, und das kann nur gut sein für die persönliche und be-

rufliche Entwicklung von Studierenden und Lehrenden.

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsident der TU Berlin wären?

Dort, wo es möglich ist, würde ich die TU – genau wie der Präsident heute – wie ein Wirtschaftsunternehmen organisieren. Ich bin davon überzeugt, dass das möglich ist, ohne die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre zu beeinträchtigen. Zum Beispiel stelle ich mir leistungsbezogene Vergütungen für Professoren sowie Diplom- und Doktorarbeiten vor, die sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren und deshalb gefördert werden. Allgemeiner betrachtet ist es mir ein Anliegen, für Technik und technische Wissenschaft zu werben, weil sie unverzichtbare Voraussetzungen für eine moderne Gesellschaft sind.

Was können aus Ihrer Sicht Medien und Universität tun, damit nicht nur über Kultur, sondern auch über die Anliegen aus Wissenschaft und Hochschule gesprochen und diskutiert wird?

Im Diskurs muss unser Kulturbegriff überprüft werden: Wissenschaften und Hochschulen sind integraler Bestandteil meiner Vorstellung von Kultur. Dazu wäre es hilfreich, wenn sich die Hochschulen den Medien mehr als bisher öffnen. (...)

Berliner Bildungs-Wahlprüfsteine

Alle müssen sparen – nur bei der Bildung nicht. Wissenschaft und Forschung – auch da waren sich die Politikerinnen und Politiker im Berliner Wahlkampf völlig einig – bilden das Zukunftspflaster, auf dem die Spreestadt in die nächsten Jahre wandern soll. Am Ende blinkert die stolze Wissenschaftsstadt, oftmals ausgerufen und trotzdem schon einige Male finanziell drangsaliert. Schaut man in das löchrige Finanzsäckel dieser Stadt, ahnt man auch die Stolpersteine, die auf diesem Weg Beschwerlichkeiten auslösen werden. Bildung und Bankenkrise liegen plötzlich dicht nebeneinander. Selbstorganisation, Dienst- und Haushaltsrecht, Stiftungsuniversität, Doppelangebote, betriebsbedingte Kündigungen, Studiengebühren, Ressortzuschnitt des Senats, Zukunftsfonds und der Bereich Medizin waren dann auch die kleinen und großen Themen, die mehr oder weniger Zündstoff in sich bargen. „Ich will“, so das löbliche Ziel des CDU-Spitzenkandidaten Dr. Frank Steffel, „dass sich die ganze Welt um unsere Schüler und Studenten reißt, weil sie am besten ausgebildet sind.“ Die FDP ging mit einem sehr plakativen Spruch an die Öffentlichkeit: „Gute Bil-

dung kostet. Schlechte noch fiel meer.“ Bündnis 90/Die Grünen wünschen sich, dass 100 000 Studienplätze sprießen sollen. „Äppel für @lle“, fordert die PDS für die Bildung und empfiehlt gleich dazu: „Das muss Schule machen.“ „Sie soll sich mal was einbilden können“, meint die SPD zu dem lustigen Teenager auf ihrem Plakat und spielt auf ihre Bildung an. All das, so kann der unentschlossene und suchende Wähler leicht erkennen, ist ja auch gut so. Und doch regt sich ein ungutes Gefühl, ob diese massive Prioritätensetzung für Bildung und Wissenschaft auch im politischen Alltag umgesetzt wird. Zunächst wird gewählt und dann hoffentlich gehandelt. Die Spannung bleibt. *stt*

Kein rot-grünes Risiko. An unserer Sicherheit darf nicht gespart werden. **CDU**

Berlin geht nach vorn. Und alle sollen mitkommen. **SPD**

Gute Bildung kostet. SCHLECHTE NOCH FIEL MEER. **FDP**

Vielfalt statt Einfalt **Bündnis 90/Die Grünen**

Gerechtigkeit herstellen **PDS**

Mister Wirtschaft statt Misswirtschaft **FDP**



Die Fraktionsvorsitzenden der größten Parteien nehmen S

1 Wie sehen Ihre Ziele für die Berliner Hochschulpolitik aus? Wie beabsichtigen Sie, den Hochschulstandort zu stärken?



Sibyll Klotz
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Es muss im Bewusstsein aller Verantwortlichen in der Politik verankert werden, dass die Wissenschaft einer der wichtigsten Standortfaktoren für Berlin ist, und dies muss bei den Schwerpunktsetzungen – gerade auch bei Haushaltsentscheidungen – spürbar sein. Mittelfristig brauchen wir einen Ausbau der Studienplatzzahl und damit des Hochschulsektors allgemein; der Abbauprozess des letzten Jahrzehnts muss umgekehrt werden. Die Hochschulen brauchen mehr Autonomie, um stärker ein eigenständiges Profil entwickeln zu können. (...)



Frank Steffel
Fraktionsvorsitzender und
Spitzenkandidat der CDU

Hochschulpolitik ist Zukunftspolitik. Berlin braucht eine High-Tech-Offensive. Meine fünf Kernziele lauten: 1. Stärkung der Profile der einzelnen Hochschulen. Die Hochschulen brauchen mehr Autonomie und Eigenverantwortung. (...) 2. Wettbewerb unter den Hochschulen um Mittel, Lehrkräfte und Studierende. 3. Intensivere Kooperation zwischen Wirtschaft und Hochschulen. Hochschulräte statt Kuratorien sollen als Transmissionsriemen dienen. 4. Flexibilisierung und Verschlankung der Verwaltung. 5. Internationale Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Lehre.

2 Welche Reformmaßnahmen stehen bei Ihnen für diesen Bereich im Mittelpunkt?

Nachdem die Hochschulverträge bis 2005 gerade gesichert wurden, wird das wichtigste Projekt für die nächste Legislaturperiode sicherlich die Novellierung des BerlHG werden. Wir wollen bei der Novellierung die Autonomie der Hochschulen stärken und ihnen die Möglichkeit sichern, durch ihre Grundordnungen eigene erfolgreiche Modelle, die sie im Rahmen der Experimentierklausel erprobt haben, fortführen zu können. Darüber hinaus muss die Dienstrechtsreform umgesetzt werden, wobei wir die Einführung von Juniorprofessuren und eine leistungsbezogene Besoldung vorantreiben wollen. (...)

(...) Wir wollen die Ausbildung an den Universitäten deutlich verkürzen. (...) Die Universitäten sollen sich ihre Studierenden nach Eignung selber aussuchen können. Studiengebühren sind für uns kein Tabu, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind: Erstens müssen die Einnahmen den Universitäten zufließen. Und zweitens müssen Kinder aus einkommensschwachen Familien nach wie vor ein Studium nach ihren Wünschen und Fähigkeiten führen können, d. h. es muss eine sozial- und leistungsgerechte Befreiung von der Gebühr geben. Die Zahl der Forschungs- und Gründerzentren in der Stadt muss weiter steigen; (...).

3 Die Hochschulen sind trotz der Hochschulverträge unterausgestattet und damit kaum wettbewerbsfähig. Treten Sie für zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen von Sonderprogrammen ein (z. B. Zukunftsfonds)?

Nachdem in den Hochschulverträgen die konsumtiven und erstmals auch die allgemeinen investiven Zuschüsse bis 2005 festgelegt sind, womit die Hochschulen immerhin für längere Zeit und im Gegensatz zu vielen anderen Berliner Institutionen Planungssicherheit haben, müssen vor allem die größeren Bauvorhaben im Investitionsplan des Landes abgesichert werden. (...)

Ganz klares Ja. Wir haben 1997 zu Zeiten der großen Koalition den Zukunftsfonds geschaffen, um den Universitäten Flexibilität bei wichtigen Personalentscheidungen zu geben. Es ist unerträglich, wenn dieser Zukunftsfonds durch den rot-grünen Übergangssenat von 250 auf 20 Millionen DM zusammengestrichen wird, während gleichzeitig Länder wie Bayern und Baden-Württemberg ihre Hochschulen für die überall anstehende personelle Erneuerung mit Beträgen zwischen 700 Millionen und einer Milliarde DM ausstatten. In den nächsten vier Jahren wird bundesweit eine ganze Generation von Hochschullehrern abtreten. (...)

4 Sehen Sie betriebsbedingte Kündigungen als legitimes Mittel für einen Personalabbau im öffentlichen Dienst, und wenn ja, warum?

Wir haben große Zweifel an der Effektivität des Instruments „betriebsbedingte Kündigungen“ zum Personalabbau. Auch Sozialpläne sind kostspielig, und es findet eine Auslese gerade zu Lasten der jüngeren Bediensteten statt, die wissenschaftspolitisch nicht sinnvoll sein kann. In Institutionen mit Dienstkräften aus West- und Ostteil haben aufgrund der Dienstzeitregelungen Bedienstete aus dem Osten regelmäßig das Nachsehen, das ist nicht hinnehmbar. Hinzu kommen atmosphärische Unruhe und langwierige Streitverfahren. Vor diesem Hintergrund ziehen wir andere, möglichst sozialverträgliche Formen des Personalabbaus vor. (...)

Betriebsbedingte Kündigungen sind eine ultima ratio. Sie dürfen als Instrument für die Universitäten gleichwohl nicht kategorisch ausgeschlossen werden, wenn wir es ernst meinen mit dem hohen Maß an Autonomie und Eigenverantwortung für die Hochschulen. Hochschulen sind zunächst Orte des Forschens und der Lehre, und das auf dem bestmöglichen Niveau. Dazu brauchen sie einen regen Austausch und Wechsel der dort Beschäftigten und somit die Freiheit, ihre Personalplanung und -ausstattung an ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen auszurichten.

5 Wann wird die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes aus Ihrer Sicht abgeschlossen sein und welche Akzente wird Ihre Partei dort setzen?

Wir wollen den Hochschulen kein fertiges Modell überstülpen, sondern – ähnlich wie in Hamburg – das neue Gesetz unter Beteiligung aller Betroffenen erarbeiten. Denn die Experten für interne Reformen an den Hochschulen sind die Lehrenden und die Lernenden selbst. Ein solches Verfahren kann durchaus anderthalb bis zwei Jahre benötigen. Die Erfahrungen aus den bisherigen Erprobungsmodellen sind einzu beziehen. Wir setzen dabei auf eine weitestmögliche Autonomie der Hochschulen und die Reduzierung der staatlichen Aufsicht auf das Minimum. (...)

Lieber heute als morgen! Es hat unter unserem Senator Stölzl bereits einen fertigen Entwurf für die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes gegeben, der jedoch von der SPD als Juniorpartner der großen Koalition blockiert und systematisch hintertrieben wurde. Dies übrigens, obwohl wir als Land gegenüber dem Bund mit der Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes bereits in Verzug sind. Wann die Novellierung abgeschlossen sein wird, hängt deshalb entscheidend von der künftigen politischen Konstellation in dieser Stadt ab. (...)

6 Was würden Sie tun, wenn Sie Universitätspräsidentin wären?

Ich würde versuchen, Entscheidungen im Dialog mit den Betroffenen zu treffen und die Vision für die Universität gemeinsam zu entwickeln. Ich setze auf weitestmöglich dezentrale Zuständigkeit, aber auch Verantwortung, die ernst genommen werden muss. Ich möchte, dass das gender mainstreaming in allen Bereichen umgesetzt wird.

Ich würde die ZVS abschaffen und dafür sorgen, dass die Fachbereiche sich ihre Studierenden nach deren Eignung weitestgehend selbst aussuchen können. Ich würde ein Board of Trustees installieren und mich um möglichst enge Kontakte zur Wirtschaft bemühen. Ich würde mich dafür einsetzen, „meine“ Universität aus dem öffentlichen Tarifrecht zu befreien, um eine flexible und leistungsbezogene Vergütungsstruktur schaffen zu können. Ich würde die Fachbereiche ermutigen, ihre Forschungsergebnisse eigenständig zu vermarkten.

Berliner Wissenschaft – Ein Briefwechsel ...

Mit Gysi fängt Berlin neu an.
PDS

SPD/PDS: Verrat an der Vergangenheit. Falsch für die Zukunft.
CDU

Freiheit verteidigen.
Bündnis 90/Die Grünen

Andere werben mit ihren Frauen. Er macht die beste Politik für Sie.
SPD

Sehr geehrter Herr Wowereit,

in Ihrer Antrittsrede vor dem Abgeordnetenhaus haben Sie um Vorschläge, Hinweise und Ratschläge der Berliner gebeten: daher ganz spontan meine Stellungnahme aus der Sicht eines Berliner Wissenschaftlers.

In den Programmen, Stellungnahmen und Wahlreden Berliner Politiker – von CDU bis PDS – findet sich dieser Tage an herausragender Stelle die Förderung und Unterstützung der Berliner Wissenschaft, die ja eine wesentliche Komponente des Bilds Berlins in der Welt bildet und bilden soll. Dafür hat die Berliner Wissenschaft aber Unterstützung nötig, mehr Unterstützung als bisher:

1. Die Berliner Universitäten haben ihre Sparbeiträge in den Strukturreformen der 90er Jahre voll erbracht – die entsprechenden Kürzungen und Umstrukturierungen waren extrem und einschneidend, haben für die Berliner Wissenschaft m. E. eine sinnvolle und produktive Strukturreform erzwungen, unter der sich alle drei Hochschulen modern ausgerichtet und besser positioniert haben. Um die Früchte dieser Positionierung ernten zu können, ist aber die Pla-

nungssicherheit und finanzielle Förderung der Universitäten extrem wichtig: Wir sind alle bereit, uns dem internationalen Wettkampf zu stellen, dies geht aber nicht mit dem Rücken zur Wand, wenn an der Wand immer weiter gekürzt wird.

2. Vielleicht noch wichtiger, hat die Berliner Wissenschaft in der vergangenen Zeit die politische Rückendeckung nicht gehabt, die sie gebraucht und verdient hätte. Sowohl unter Radunski als auch unter Stözl war das Senatsressort für Kultur und Wissenschaft jeweils mit einem Kulturpolitiker besetzt, der sich auf die Kämpfe der Berliner Kulturpolitik konzentriert und die Wissenschaftspolitik seinen jeweiligen Staatssekretären überlassen hat, wobei diese Staatssekretäre dann nicht den Rückhalt hatten, den sie beispielsweise im Berliner Abgeordnetenhaus gebraucht hätten. Auch in Ihrem jetzt angetretenen Übergangssenat wird die Wissenschaft mitvertreten von Frau Goehler, die zumindest in der Presse (Morgenpost und anderswo) als "Senatorin für Kultur" lief. Meines Erachtens stände es der Stadt Berlin und ihrer Wissenschaft zu, ganz vorne mit entsprechendem Schwergewicht und entsprechender Sichtbarkeit zu stehen.

Ich darf darauf verweisen, dass im Haushalt der rot-grünen Bundesregierung der Wissenschaftsetat der einzige Posten ist, der (aus sehr sehr guten Gründen) trotz aller notwendigen Sparbemühungen deutliche Steigerungen erfährt; die Berliner Wissenschaft kann sich sehen lassen, und stellt sich dem Wettbewerb: Sie bräuchte aber mehr Unterstützung, Förderung und Rückendeckung dafür.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für einen „guten Start“,

Prof. Dr. Günter M. Ziegler

Sehr geehrter Herr Professor Ziegler,

für Ihr Schreiben vom 27. Juni 2001 in Sachen Hochschulnachfolgeverträge möchte ich Ihnen ganz herzlich danken. Mit Ihnen bin ich der Überzeugung, dass der erfolgreiche Abschluss der Verträge in Zeiten enger Haushaltslage ein mehr als deutliches Signal für die außergewöhnliche Bedeutung von Wissenschaft und Forschung in unserer Stadt darstellt.

Die Verträge bieten mit den garantierten Finanzaufwüchsen ein gutes Fundament zur zukunftsgerechten Gestaltung der Berliner Hochschullandschaft. Insbesondere hinsichtlich der Punkte Nachwuchssicherung und Professorenneubesetzungen in den nächsten Jahren werden jetzt die erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt, damit Berlin, wie Sie zu Recht betonen, auch im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

Gleichzeitig werden nicht nur die begonnenen Studienreformmaßnahmen konsequent fortgeführt, sondern auch die Hochschulstrukturreformen mit klaren Qualitäts- und Leistungsnachweisen vertraglich eingefordert. Im bundesweiten Vergleich nimmt Berlin mit der den Verträgen zugrunde liegenden Überzeugung „Finanzsicherheit für zukunftsgerichtete Reformmaßnahmen eine eindeutige Vorreiterstellung ein. Dies ist im Gesamtinteresse der Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Berlin eine äußerst ermutigende Tatsache. Für Ihr besonderes Engagement möchte ich Ihnen nochmals ausdrücklich Dank sagen.

Mit freundlichen Grüßen
Klaus Wowereit

n Stellung zur Bildungs- und Hochschulpolitik



Dr. Günter Rexrodt
Fraktionsvorsitzender der
FDP

Die Berliner FDP will das große Potenzial des Wissenschaftsstandortes Berlin endlich ausschöpfen und nicht nur davon reden. Das bedeutet, dass wir zwischen den einzelnen Hochschulen viel stärker auf die kreativen Kräfte des

Wettbewerbs setzen wollen und die staatliche Hochschulfinanzierung mehr als bislang am Output in Forschung und Lehre festmachen wollen. Daneben soll es den Hochschulen einfacher als bislang ermöglicht werden, zusätzliche Mittel von Dritten einzuwerben und selbst unternehmerisch tätig zu sein.

Das dringendste Problem ist mit Sicherheit die Finanzierung. Hier wollen wir eine Priorität für Bildung und Wissenschaft im Haushalt durchsetzen. Dies wird aber wegen der viel zu geringen finanziellen Spielräume kaum ausreichend zusätzliches Geld für den laufenden Betrieb bringen. Aus Privatisierungserlösen landeseigener Unternehmen wollen wir daher einen Teil für ein Hochschullehrer-Erneuerungsprogramm abzweigen, weil es sich hierbei um eine Investition für die Hochschulen handelt, die für die nächsten 10 bis 20 Jahre prägend sein wird. (...)

Erstens bezweifle ich, ob die Wettbewerbsfähigkeit einzig an der mangelnden staatlichen Finanzierung liegt. Es gilt auch, die weiteren Rahmenbedingungen, innerhalb deren Hochschulen handeln, zu verändern. Daneben hat die größte Priorität das bereits erwähnte Hochschullehrer-Erneuerungsprogramm. Es reicht eben nicht, frei werdende C4-Professuren durch Juniorprofessoren zu ersetzen. Darüber hinaus muss man auch die Plünderung des Innovationsfonds durch die Landesregierung rückgängig machen und institutionell vor erneuten Raubzügen der Politik absichern.

Natürlich sind betriebsbedingte Kündigungen in bestimmten Fällen ein legitimes Mittel, doch nicht immer sinnvoll. Die Mitarbeiter, die man damit abbauen kann, sind häufig die Leistungsträger der öffentlichen Verwaltung. Viel wichtiger bei diesem Thema ist, dass die Politik nicht ungedeckte Schecks auf Kosten anderer ausstellen darf. (...) Die FDP schließt daher für die Hochschulen betriebsbedingte Kündigungen nicht aus, weil es Sache der Hochschulleitung ist, ob und wie sie mit den finanziellen Mitteln hinkommt.

Zunächst macht es Sinn, sich darauf zu konzentrieren, dass die Novellierung des HRG vernünftig beendet wird. Dann gilt es, die notwendigen Änderungen im BerlHG vorzunehmen. Ich würde vermuten, dass dies nicht mehr im nächsten Jahr zu bewerkstelligen sein wird. Dies macht ggf. eine kleine vorgezogene Reform wegen der Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen notwendig. Inhaltlich erscheint es mir besonders wichtig zu sein, dass die zahlreichen Modelle, die jetzt unter der Experimentierklausel erprobt werden, auch fortgeführt werden können.

Als Erstes würde ich gerne mit der FDP den Wissenschaftssenator stellen, um dem Präsidenten die Gestaltungsspielräume zu schaffen, unter denen mir ein solches Amt Spaß machen würde. Wenn ich dann Präsident einer Stiftungsuniversität wäre, würde ich versuchen, durch Einwerben von Stiftungskapital finanziell unabhängiger von der Politik zu werden. Ich würde den Wissenschaftlern starke Anreize geben, unternehmerisch tätig zu sein. Dies sollen sie ruhig in den Räumen oder dem Umfeld der Universität tun, aber dafür bekommt die Uni einen bestimmten Anteil am Eigenkapital überschrieben. (...)



Carola Freundl
Fraktionsvorsitzende der
PDS

Im Mittelpunkt der PDS-Politik stehen Erhaltung und Ausbau des Wissenschaftspotenzials in der Region Berlin-Brandenburg. Das heißt, dass die Kooperation zwischen den Wissenschaftseinrichtungen intensiviert werden muss. Das betrifft sowohl die Beteiligung an der Lehre seitens des Personals außeruniversitärer Forschungseinrichtungen als auch Abstimmungen zwischen den Hochschulen im Lehrangebot und bei Studienplänen, aber auch bei Forschungsprojekten. Die Verantwortung des Landes wird noch stärker auf rahmensetzende Steuerungsfunktionen konzentriert werden. (...)

Die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes steht ebenso wie die Strukturreform in der Hochschulmedizin im Mittelpunkt der politischen Konzeption der ersten Hälfte der kommenden Legislaturperiode. Darüber hinaus soll die Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit in der Technologie- und Innovationspolitik positive Auswirkungen auf die Hochschulen haben und umgekehrt, denn ohne das erhebliche Forschungs- und Ausgründungspotenzial der Hochschulen kann wiederum Technologiepolitik in der Region nicht gedacht werden.

Die Haushaltssituation hat sich durch die Bankenkrise dramatisch verschärft. Faktisch wurden durch die Krise der Berliner Bankgesellschaft und die notwendig gewordene Erhöhung der Neuverschuldung in diesem Jahr die schmerzhaften Sparbemühungen der vergangenen fünf Jahre zunichte gemacht. Zusätzliche Finanzierungen werden deshalb fast nur außerhalb des Landeshaushaltes erreicht werden können. Deshalb streben wir an, die Fähigkeit der Region zur Teilnahme an Bundeswettbewerben zu verbessern, da fast ausschließlich darüber millienschwere Bundesmittel für Berlin und Brandenburg akquiriert werden können. (...)

Betriebsbedingte Kündigungen sind für uns kein geeignetes Mittel der Haushaltspolitik. Es sollen nicht diejenigen im öffentlichen Dienst für Kürzungen herangezogen werden, die oft unter schlechten Arbeitsbedingungen Dienstleistungen für Studierende erbringen oder die Infrastruktur der Hochschulen sichern. Gleichwohl stehen die Auswüchse von Bürokratie zur Disposition und lassen sich durch verstärkte Verwaltungsstrukturreformen senken. Stichworte sind hier: verstärkte Kooperation der Hochschulen, Ausbau von Serviceeinrichtungen (wie z. B. Druckereien u.ä.) in Strukturen, die Einnahmen erbringen und Dienstleistungen nach außen anbieten.

Die PDS hat einen eigenständigen Gesetzentwurf zur Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes erarbeitet. Der gegenüber dem heutigen BerlHG schlankere Gesetzentwurf orientiert sich an folgenden Prämissen: Modernisierung der Verwaltung und staatlichen Steuerung, Demokratisierung der Mitbestimmung bei rationaler Aufgabenverteilung von Leitungs- und Kollegialorganen, Stärkung der Organisationsautonomie der Hochschulen und Sicherung der Gebührenfreiheit.

(...) a) Weitere Bemühungen um verstärkte Zusammenarbeit zwischen Universität und Technologieunternehmen (...).
b) Im Dialog mit den Betroffenen würde ich die Verwaltungsreformbemühungen an der TU fortsetzen.
c) In der Konferenz der Hochschulrektoren Berlins würde ich mich für eine um ein Vielfaches intensivierte Kooperation der Hochschulen (Fachhochschulen und Universitäten) in Berlin und Brandenburg einsetzen. (...)



Michael Müller
Fraktionsvorsitzender der
SPD

Wir wollen den mit den Hochschulverträgen beschrittenen Weg der „Planungssicherheit gegen Strukturreformen“ fortsetzen. Die Berliner Hochschulen sind ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb der Regionen. Dies muss von der Politik ernst genommen werden und zu deutlichen Schwerpunktsetzungen bei Wissenschaft und Forschung führen. Wir wollen 85 000 Studienplätze ausfinanziert sichern und die Zahl mittelfristig auf 100 000 erhöhen.

Wir benötigen innerhalb der Hochschulen und auch bei der Finanzierung flexible Strukturen, die auf die spezifischen Bedingungen von Wissenschaft und Forschung ausgerichtet sind und Abschied von den Behördenmentalitäten nehmen. Zugleich gilt es, die Verteilung von Studienplätzen auf Fachhochschulen und Hochschulen zugunsten der Fachhochschulen zu verändern und insgesamt den Praxisbezug der Ausbildung zu stärken. Wir wollen das Berliner Hochschulgesetz reformieren, um den Hochschulen mehr Spielräume in der Gestaltung ihrer Selbstverwaltung zu geben. (...)

Wir wollen eine verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen, ergänzt um leistungsbezogene Mittelzuweisung und Drittmittelfinanzierung. Sonderprogramme sind nur punktuell hilfreich, weil sie keine dauerhafte Planungsgrundlage geben. Deswegen sind sie aus unserer Sicht nur im Bereich von Investitionen und bei zeitlich begrenzten Sonderbelastungen, wie der anstehenden Neubesetzungswelle bei den Lehrstühlen, sinnvoll.

Betriebsbedingte Kündigungen sind grundsätzlich kein geeignetes Mittel, um Einsparungen und Strukturveränderungen zielgerichtet umzusetzen. Deshalb müssen alle Mittel eingesetzt werden, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Dazu sind entsprechende gemeinsame Anstrengungen von Hochschulleitungen und Personalvertretungen erforderlich.

Siehe 2.

Keine Angaben

Privatwirtschaft die öffentliche Hand reichern

Neue Ideen zur kostengünstigen Realisierung von Bauvorhaben

Die privatwirtschaftliche Realisierung öffentlicher Infrastruktur in Form von Betreibermodellen nimmt in der ganzen Welt an Bedeutung zu. Dies geschieht zum einen durch den begrenzten finanziellen Spielraum der öffentlichen Hand, aber vor allem durch Aspekte der Wirtschaftlichkeit und durch Effizienzvorteile, die durch die Einbindung Privater erreicht werden können.

Deutschland befindet sich bei der privatwirtschaftlichen Realisierung öffentlicher Bauvorhaben erst in der Startphase, während beispielsweise Großbritannien und Frankreich schon die Reifephase erreicht haben.

Im Rahmen des 2. Europäischen Symposiums, das am 27. 9. 2001 von der TU Berlin ausgerichtet wurde, zeigten insbesondere die Vorträge der britischen Referenten vom Her Majesty Prison Service (HMP) und vom National Audit Office, dass bei Projekten mit einem hohen Dienstleistungsanteil Kosteneinsparungen von durchschnittlich 17 Prozent erreicht werden. Diese positiven Erfahrungen konnte der Referent des französischen Ministeriums für öffentliche Bauarbeiten, Transport und Wohnungswesen bestätigen. Der Referent des niederländischen Kenniscentrums, welches als Kontrollstelle bei der Initiierung privatwirtschaftlicher Modelle im Finanzministerium eingerichtet wurde, wies auf die vielfältigen Einsatzgebiete privatwirtschaftlicher Realisie-



Werden öffentliche Bauten von der Privatwirtschaft realisiert, lassen sich Kosten einsparen

rungsmodelle hin, wovon bereits einige in den Niederlanden realisiert werden. Hierzu zählen neben Straßenverkehrsprojekten u. a. auch Bahn-, Krankenhaus-, Gefängnis- und Universitätsprojekte.

In Deutschland werden derzeit lediglich zwei Straßenbauprojekte im Rahmen eines Betreibermodells realisiert, und drei Projekte finden sich in der Vorbereitungs- und Ausschreibungsphase. Dagegen werden im öffentlichen Hochbaube-

reich keine konkreten Projekte geplant. Dies erscheint insbesondere aufgrund der leeren Haushaltskassen sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und Kommunalebene nicht gerechtfertigt. Ein konkretes Projekt, das sich durch einen hohen Dienstleistungsgrad und eine möglichst schnellen Realisierung auszeichnet, wäre die Universitätsbibliothek der TU Berlin. Hier würden neben der Planung, dem Bau und der Finanzierung auch der Betrieb und die Unterhal-

tung ausgeschrieben und an eine Projektgesellschaft vergeben werden. Die Refinanzierung des privaten Kapitals kann zum Teil über die Nutzungsgebühren erfolgen und der andere Teil über Landesmittel, die in Abhängigkeit der erbrachten Leistung jährlich gezahlt werden. Allerdings stehen diesem Realisierungsmodell im wesentlichen rechtliche und steuerrechtliche Schwierigkeiten gegenüber. Hierzu bedarf es einer baldigen Klärung.

Tanja Kohnke

NEUES UNIVERZEICHNIS /cho/ Pünktlich zu Beginn des Wintersemesters liegt das Universitätsverzeichnis, früher auch als das „Grüne Buch“ bekannt, in aktualisierter Fassung vor. Die Loseblattsammlung beinhaltet alle Änderungen seit der letzten Ausgabe 1999, insbesondere die Neustrukturierung der Fakultäten, Institute und Verwaltung.

SOZIALFONDS /tui/ Aus dem Vermögen der „Stiftung der Sozialfonds der TU Berlin“ steht in diesem Jahr ein Betrag von rund 1600 Mark zur Verfügung, der zur Unterstützung von bedürftigen Bediensteten sowie ehemaliger Bediensteter und Hinterbliebener verwendet werden soll. Die Anträge sollten bis spätestens 30. 11. 2001 an den Servicebereich Finanzen – II A 23 – gerichtet werden.

ZELMI /tui/ Der Rechenschaftsbericht der Zentraleinrichtung Elektronenmikroskopie – ZELMI – für das Jahr 2000 ist jetzt erschienen. Das ZELMI bietet für die gesamte TU Berlin die Nutzung einer Elektronenmikroskopsonde, mehrerer Rasterelektronenmikroskopen, einem Transmissionselektronenmikroskop und mehreren Lichtmikroskopen an.

TU-RALLYE /tui/ Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) führt, wie auch in den vorangegangenen Jahren, eine TU-Rallye für die Auszubildenden, die am 1. September 2001 ihre Ausbildung begonnen haben, durch. Sie wird am 31. Oktober stattfinden. Die JAV bittet alle Kolleginnen und Kollegen, sich an der Rallye aktiv zu beteiligen. Kontakt: Stefanie Nickel, Tel.: 314-2 64 14

KUNSTSTOFFRECYCLING /tui/ Die Bemühungen um die umwelttechnische und wirtschaftliche Erfassung von Kunststoffen hat zu einem Verfahren (Vergleichende normierende Bewertung – VENOB) geführt, das es ermöglicht, verschiedene Recyclingverfahren zu vergleichen. Diese Ergebnisse sind in der Schriftenreihe KUNSTSTOFF-FORSCHUNG Nr. 50 mit dem Titel „Vergleichende Normierende Betrachtung bei der Verwertung von Abfällen aus Kunststoffverpackungen“ zusammengefasst und seit September in der TU-Bibliothek zu erwerben.

DLR-VERKEHRSFORSCHUNG /tui/ Im Juli wurde in Berlin-Adlershof der Kooperationsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) zur Gründung eines neuen Instituts für Verkehrsforschung unterzeichnet. Das Institut wurde mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eingerichtet. Es ist Bestandteil des vom BMBF initiierten Schwerpunktes Verkehrsforschung beim DLR. Durch die neue Kombination von Verkehrsforschung und Erfahrungen des DLR aus der Luft- und Raumfahrt versprechen sich Fachleute und Politik wichtige Impulse für das Verkehrssystem. Für den Aufbau eines Forschungsschwerpunktes „Verkehr“ beim DLR stellt das BMBF bis 2002 insgesamt 25 Millionen Mark an zusätzlichen Fördermitteln zur Verfügung.

FACHHOCHSCHUL-FÖRDERUNG /tui/ Im August erhielten 53 Fachhochschulen Fördergelder im Rahmen der Förderrunde 2001 des BMBF-Programmes zur anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung (afuE). Die Bundesregierung hat die Unterstützung für diesen wichtigen Bereich in den letzten Jahren finanziell verdoppelt. In diesem Jahr stehen 21,5 Millionen DM bereit. Mit der Förderung sollen die Wettbewerbsvoraussetzungen der Fachhochschulen zum Einwerben von Drittmitteln für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung verbessert werden. In diesem Jahr wurden von 93 Fachhochschulen aus allen Bundesländern 427 Anträge gestellt.

Projekt: Codex Professorum Datenbanksystem zur Universitätsgeschichte

An der TU Berlin soll ein Datenbanksystem entwickelt werden, das Auskunft gibt über Leben und Wirken aller Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an unserer Universität und ihren Vorläufereinrichtungen – zurückgehend bis auf die Bergakademie von 1770 – gelehrt und geforscht haben. Die Informationen zu den Personen werden verbunden mit Informationen zur Entwicklung der wissenschaftlichen Disziplinen wie zur institutionellen Entwicklung der Hochschule. Ein weiterer Zugriff zu den Daten soll Zusammenhänge zwischen der wissenschaftlichen Entwicklung und dem politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Geschehen erschließen. Das Projekt erprobt damit eine neue Qualität digitalen Zugriffs auf Bibliotheks- und Archivmaterialien. Unter inhaltlichem Gesichtspunkt geht es darum, die Rolle dieser Hochschule für die Entwicklung der Wissenschaften wie des Landes über mehr als zwei Jahrhunder-

te hinweg zu verdeutlichen und jedem Interessierten zugänglich zu machen. Das Projekt ist unmittelbar der Universitätsleitung zugeordnet. Verantwortlich: Karl Schwarz (PA 3). Einem Kreis interessierter Wissenschaftler wird eine Arbeitsgruppe zuarbeiten, die gegenwärtig aus

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Personalüberhang der Universität gebildet wird. Eine erste Arbeitsphase ist auf zwei Jahre, beginnend am 1. November 2001, terminiert. Danach wird über die Weiterführung des Projektes zu entscheiden sein.

Karl Schwarz

Ausschreibung:

Für das Projekt „Codex Professorum“ (Aufbau eines Datenbanksystems zur Geschichte der Hochschule) werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesucht:

- für die Recherche und redaktionelle Bearbeitung der einzugehenden Texte und Daten und die Konkretisierung der Erfassungsschemata,
- für die Dateneingabe und die Spezifizierung des Datenbanksystems.

Bewerberinnen und Bewerber aus dem Personalüberhang der Universität. Anforderungen: Erfahrungen im Bibliotheks- und Archivwesen wie im Umgang mit Datenbanken sind erwünscht, aber nicht Voraussetzung. Unabhängig ist lediglich ein wirkliches Interesse an der Sache sowie die Fähigkeit zu systematischem Denken und Arbeiten. Die Zuordnung zu dem Projekt erfolgt zunächst für zwei Jahre, beginnend am 1. November 2001. Bewerbungen sind zu richten an: Technische Universität Berlin, Der Präsident, Präsidialamt, Karl Schwarz (PA 3 – Tel. 24031)

+++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++



Prof. Dr. Dr. h. c. Günter Stock, Schering Aktiengesellschaft

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt werden würden?

Ein neuer Senat sollte sich zuerst die Frage vorlegen, ob die Zusammenlegung der Ressorts für Wissenschaft und Forschung einerseits, für Kultur andererseits, für Berlin das richtige Modell ist, wenn es darum geht, Wissenschaft und Forschung in Berlin zu fördern und auszubauen. Der neue Senat von Berlin und damit auch der für Wissenschaft zuständige Senator sollte nach einer sorgfältigen, aber raschen Bestandsaufnahme folgende Schwerpunkte setzen: Alle Kraft darauf verwenden, die Drittmittelfähigkeit der einzelnen Institutionen vorrangig zu erhalten bzw. sogar noch auszubauen. Hierzu gehören auch und gerade die Ansiedlungen von extra-universitären Institutionen. (...)

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsident der TU Berlin wären?

Dies ist eine höchst hypothetische Frage. Aber ich würde sicherlich als erstes wissen wollen, ob die Innensicht, die die TU von sich hat, mit der Außensicht übereinstimmt. Auch würde ich vor allem kritisch nachfragen, ob die Innensicht ausreichend ehrlich und auch durch einigermaßen objektivierbare Parameter zu belegen ist.

Was können aus Ihrer Sicht Medien und Universität tun, damit nicht nur über Kultur, sondern auch über Anliegen aus Wissenschaft und Hochschule gesprochen und diskutiert wird?

Zunächst einmal muss die Universität und müssen die außeruniversitären Institutionen dafür sorgen, dass das Aufregende, was „innerhalb ihrer Mauern“ geschieht, erkannt, wertgeschätzt und dann auch entsprechend publiziert wird. Erst wenn universitäre und außeruniversitäre Institutionen bereit sind, ausreichend und kontinuierlich Zeit und Kreativität in den Bereich öffentliche Kommunikation zu investieren, können sie zu Recht erwarten, dass sich das Medieninteresse und damit auch das Interesse der Öffentlichkeit ihnen stärker zuwendet. (...)



Jochen Kienbaum, Kienbaum Consultants International GmbH, TU-Alumnus

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt werden würden?

Berlin ist nicht nur die deutsche Kulturmetropole, Hauptstadt und östlichste Weltstadt im westlichen Europa. Keine andere europäische Großstadt investiert mehr Geld in ihre Kulturlandschaft. (...)

Berlin ist aber auch ein Zentrum der Wissenschaft und natürlich der Wirtschaft. Ich würde versuchen, den bereits eingeschlagenen Weg der Kooperation zwischen Forschung und Wirtschaft noch konsequenter zu gehen. Nur durch einen engen Kontakt von Wissenschaft und Ökonomie können zukunftsweisende und innovative Ideen in die Tat umgesetzt werden. Dies ist eine Grundvoraussetzung für die Zu-

kunfts-fähigkeit nicht nur des Standortes Berlins, sondern Deutschlands insgesamt.

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsident der TU Berlin wären?

Die TU Berlin legt bereits jetzt großen Wert auf die Themen Wissenstransfer und Praxisnähe im Studium. Ich würde diese Bereiche aber noch weiter in den Vordergrund rücken. Hierzu gehört der weitere Ausbau von konkreten Kooperationen mit der freien Wirtschaft, insbesondere das Angebot von Praktikanten-Stellen für Studierende. Eine Idee wäre, dass große Unternehmen eine Art „Patenschaft“ für eine Anzahl von Studierenden übernehmen und diese durch ihr gesamtes Studium begleiten. (...)

Was können aus Ihrer Sicht Medien und Universität tun, damit nicht nur über Kultur, sondern auch über Anliegen aus Wissenschaft und Hochschule gesprochen und diskutiert wird?

Anlässe schaffen. Und darüber sprechen. Natürlich ist unsere Medienwelt zunehmend kurzlebiger geworden. Andererseits bietet die ungeheure Diversifikation der Medienlandschaft natürlich auch neue Möglichkeiten, sich und sein Anliegen zu präsentieren. (...)



Personalteams:

Umstrukturierung

Das Jahr 2001 war für die Mitarbeiter der Abteilung Personalwesen das Jahr der Erneuerung. Im Mittelpunkt standen dabei die Bildung von sieben Personalteams, die im Mai ihre Arbeit aufnahmen. Mit dieser Neuorganisation soll der Service für alle TU-Mitarbeiter deutlich verbessert werden. Ein Personalteam ist nun für alle Beschäftigten einer Einheit für alle mit der Personaleinstellung, Personalaktenführung und Lohn- und Gehaltsabrechnung zusammenhängenden Aufgaben zuständig. Die festen Sprechzeiten sind entfallen, sodass jetzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Personalteams innerhalb der Kernarbeitszeiten erreichbar sind. Die personelle Umstrukturierung war auch mit räumlichen Veränderungen verbunden. 60 Mitarbeiter zogen in neue Räume, die zuvor renoviert wurden. Und nicht zuletzt mussten auch etwa 7000 Akten umverteilt werden. Parallel zur Neuorganisation der Aufgaben und Zuständigkeiten wurde Anfang des Jahres außerdem das Abrechnungssystem LOGA eingeführt.

Inzwischen haben sich die Personalteams eingespielt, die Mitarbeiter sich auf LOGA eingestellt, auch wenn das System immer noch nicht optimal arbeitet. Schwierigkeiten tauchen vor allem dann auf, wenn bestimmte Bezüge zum ersten Mal berechnet werden. So rechnet Dr. Barbara Obst-Hantel, die Leiterin der Abteilung Personalwesen, auch bei der Berechnung des „Weihnachtsgeldes“ wieder mit LOGA-Problemen. Und Anfang nächsten Jahres stehen die Personalteams und LOGA vor einer weiteren Herausforderung: die Umstellung auf den Euro.

Doch mit der Umstrukturierung und der Einführung von LOGA sind die Verbesserungsmöglichkeiten in Sachen Service noch nicht ausgeschöpft. Noch mehr Kundenfreundlichkeit ist das nächste Ziel. Demnächst werden die Mitarbeiter Teamfortbildungen besuchen. Dort wird es um eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Kunden, also den Mitarbeitern der TU Berlin, gehen. *tui*

Frauenförderung:

Professuren besetzt

Die Vergabe der Finanzmittel des Senates aus dem Berliner Programm „Zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre“ an der TU Berlin ist abgeschlossen.

Im Programmteil „Qualifizierung von Frauen für eine Professur“ sollten zwei mehrjährige Gastprofessuren in den Ingenieur- und Naturwissenschaften einge-

richtet werden. Die Gastprofessorinnen mit Dr. Martina Löw, Soziologie, besetzt. Bis zum 30. Dezember 2001 wird die Stelle von Dr. Christine Bauhardt, Gender Planning, besetzt.

Zur „Steigerung des Anteils von Frauen in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen“ sollten durch ein Schülerprojekt („Techno-Club“) die Verbindung der Universität zur Schule



richtigt werden. Die Gastprofessorinnen Dr. Birgit Faermann, Fachgebiet Mathematik, und Dr. Brigitte Schulte-Fortkamp, Fachgebiet Technische Akustik, nahmen am 1. Oktober 2001 ihre Arbeit auf. Zur „Verankerung der Frauen- und Geschlechterforschung im Wissenschaftsbereich“ sollte ebenfalls eine Gastprofessur mit entsprechendem fachlichen Profil eingerichtet werden. Diese Gastprofessur wird zum 2. März 2002

instituiert und die Motivation von Schülerinnen zur Beschäftigung mit naturwissenschaftlichen und technischen Fragestellungen erhöht werden. Der Techno-Club startete am 1. Oktober 2001 unter der Leitung von Inka Greusing vom Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der TU Berlin (ZIFG).

Die Laufzeit für das Programm beträgt zunächst drei Jahre. *tui*

Weierstraß-Institut:

Kooperationsvertrag perfekt



Der Kooperationsvertrag ist im Kasten: Prof. Dr. Jürgen Spekel, Direktor des Weierstraß-Instituts für Angewandte Analysis und Stochastik (WIAS), Dr. Falk Fabich, Geschäftsführer des Forschungsvverbundes Berlin e.V., zu dem das WIAS gehört, und Prof. Dr. Jürgen Ewers, Präsident der TU Berlin (v.l.) unterschrieben Mitte September einen Kooperationsvertrag, dessen Kernstück die Einrichtung einer vom WIAS finanzierten C4-S-Professur ist. Der S-Professor wird eine Arbeitsgruppe am WIAS leiten und gleichzeitig als Professor am Institut für Mathematik der TU Berlin lehren.

Hausräumübung:

Alarm? Alarm!

Am Morgen des 26. Juli 2001 fand im Hauptgebäude (Neubau) eine Hausräumübung statt. Die Arbeitsstättenverordnung § 55 schreibt derartige Hausräumübungen vor. In jeder Etage wurden ausgewiesene Beobachter und Helfer an den Ausgängen eingesetzt. Die Beobachter überwachten den Ablauf des Hausalarms und sollten bei eventuell auftauchenden kritischen Situationen eingreifen. Nach ca. 20 Minuten war die Übung beendet.

Insgesamt wurde der Ablauf von der Abteilung Sicherheitstechnische Dienste und Umweltschutz (SDU) positiv bewertet. Nach ertönen des Alarms verließen die meisten Personen den Neubau ruhig, geordnet und über die vorgesehenen Rettungswege. Jedoch gab es auch einige Kritikpunkte. Im östlichen Teil des Neubaus konnte der Alarmton gar nicht oder nicht deutlich genug wahrgenommen werden. Hier müssen möglichst bald die Signalgeber untersucht bzw. in Stand gesetzt werden. Einige Studierende und Mitarbeiter verließen erst auf Aufforderung der Beobachter das Gebäude, obwohl sie das Signal deutlich gehört hat-



ten. Einige wenige haben versucht, die Aufzüge zu benutzen. Diese dürfen aber im Gefahrenfall nicht benutzt werden, da sie zu einer Falle werden können. Wie sich herausstellte, ist die Ausschulung des Weges zum Rettungsplatz für körperlich Behinderte noch nicht ausreichend. Zukünftig werden in allen Gebäuden in den Treppengebieten Stellplätze für Behinderte im Gefahrenfall eingerichtet. Appell der SDU:

„Achten Sie bitte beim Hausalarm auch auf Ihre Kollegen und andere Personen in ihrer Umgebung. Schwangere, Mütter mit Kleinkindern und Behinderte benötigen Ihre besondere Aufmerksamkeit. Entweder muss hier Unterstützung beim Benutzen der Treppen angeboten werden oder z. B. Gebbehinderte sind in der Etage in einen sicheren und rauchfreien Bereich (Treppenträume) zu bringen. Eine Person sollte bei demjenigen zurückbleiben, eine andere sofort die Feuerwehr oder den Pförtner informieren, damit eine schnelle Bergung eingeleitet werden kann.“ Allen, die diese Übung verpasst haben, versichert die SDU: Dies war nicht die letzte. *tui*

FRAUEN-KONGRESS /tui/ Der Kongress von Frauen in Naturwissenschaft und Technik findet am Himmelfahrtswochenende 2003 in Berlin statt. Seit 1977 wird er jedes Jahr an einem anderen Ort veranstaltet, 1993 zum letzten Mal in Berlin, in den Räumen der TU Berlin. Die Organisationsgruppe hat sich vor kurzem gegründet und sucht noch Mitstreiterinnen. Thematisch setzt sich der Kongress sowohl mit der besonderen Stellung von Frauen im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich, als auch mit feministischer Wissenschafts- und Technikkritik auseinander. Ein weiterer Themen Schwerpunkt ist die Vorstellung und Diskussion der Arbeitserfahrungen und Forschungsergebnisse der Teilnehmerinnen. Weiterhin gibt es auf den Kongressen Veranstaltungen zu der Rolle von Frauen und Lesben in der Gesellschaft und feministischer Theorie und Politik. Nicht nur Akademikerinnen sind angesprochen, sondern auch Frauen aus anderen Berufsgruppen und Schülerinnen. Kontakt: Constance Andrzejczak, Sekr. F 2, Marchstraße 12-14, 10587 Berlin, E-Mail: finut 2003@web.de



ERDEXPANSION /tui/ Unter dem Titel „Die Expansion der Erde – Eine verkannte geowissenschaftliche Theorie“ stellt Prof. Dr.-Ing. Karl-Heinz-Jacob, TU Berlin, am 15. 10. um 19 Uhr in der Urania die Theorie der Erdexpansion vor. Dabei wird er erläutern, ob es wissenschaftliche Argumente für die 1933 von O. C. Hilgenberg aufgestellte Theorie gibt.

EG-UMWELTAUDIT /tui/ Als erste Bundesbehörde nimmt das Umweltbundesamt (UBA) mit Hauptsitz am Berliner Bismarckplatz am EG-Umweltaudit teil. Voraussetzung der Teilnahme des UBA am EG-Umweltaudit war die Novellierung der EMAS-Verordnung. Bislang galt sie Verordnung nur für das produzierende Gewerbe. Jetzt können auch Bundes- und Landesbehörden sowie Unternehmen aus bisher nicht berücksichtigten Branchen teilnehmen, wie etwa der Land- und Bauwirtschaft. Vor zwei Jahren hatte das UBA begonnen, ein konsequentes Umweltmanagement einzuführen.

+++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++



Prof. Dr. Detlef Müller-Böling, CHE Centrum für Hochschulentwicklung

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt würden?

Als erstes würde ich den Hochschulen Planungssicherheit geben durch die Einhaltung der Hochschulverträge. Außerdem würde ich die Experimentierklausel zum Regelfall erklären und den Hochschulen damit die volle Organisationsautonomie geben. Aus der Fachaufsicht würde ich mich zurückziehen. In der dadurch entstehenden Vielfalt an Strukturen wie an Inhalten könnten die Hochschulen selbst die Schwerpunkte bestimmen. Zusätzliche Schwerpunkte aus Sicht des Staates und der Öffentlichkeit würde ich über Zielvereinbarungen realisieren.

Grundsätzlich meine ich, dass die Finanzierung einer genügend hohen Anzahl von Studienplätzen an Berliner Hoch-

schulen nur durch eine konsequente Nachfrageorientierung der Studienfinanzierung zu lösen ist. Konkret bedeutet dies, dass diejenigen Bundesländer, deren Landeskinder in Berlin studieren, dafür den Berliner Hochschulen die Mittel nach dem Prinzip „Geld folgt Studierenden“ (GefoS) überweisen.

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsident der TU Berlin wären?

Ich würde durchkämpfen, dass die TU Berlin ihre Studierenden selbst auswählen darf. Die Auswahlverfahren wären aber nur der erste Schritt der Vertiefung der persönlichen Beziehung zwischen den Lehrenden und Studierenden als Grundlage für eine noch positivere Identifikation der Studierenden mit der TU Berlin.

Was können aus Ihrer Sicht Medien und Universität tun, damit nicht nur über Kultur, sondern auch über die Anliegen aus Wissenschaft und Hochschule gesprochen und diskutiert wird?

Die Hochschulen dürfen sich nicht zu schade für „populistische“ Werbung in der breiten Bevölkerung sein. Den Menschen muss deutlicher werden, was die Hochschulen konkret für sie tun. Mit der exzellenten Broschüre „Wir haben die Ideen für die Zukunft“ tut die TU Berlin genau dies. (...)



Prof. Dr.-Ing. Adam Wolisz, Dekan Fakultät IV Elektrotechnik und Informatik

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt würden?

Ich danke Ihnen für die Einladung. Ich bin aber – leider? zum Glück? kein Politiker, daher würde ich mich in die Schuhe des Senators gar nicht – auch nicht in dieser Form – reinstasten ... Ich bitte um Ihres Verständnis. Ich stehe Ihnen in der Zukunft gerne zur Verfügung für weniger politische (aber durchaus auch organisatorische) Fragen.

Prof. Dr. Marlene Kück, Vorstandsmitglied der Bank für kleine und mittlere Unternehmen AG und der Berliner Bürgerschaftsbank AG

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zur neuen Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt werden würden?

Für die Hochschulen würde ich zwei Schwerpunktbereiche lokalisieren: Wie kann durch eine Vereinheitlichung der Studiengänge eine maßgebliche Verkürzung der Studiendauer erreicht werden? Hierzu wäre die Frage zu prüfen, ob die Universitäten, ähnlich wie die Fachhochschulen, nicht anwendungsbezogene Studiengänge mit kurzen Laufzeiten (maximal 8 Semester) anbieten könnten?

Der weitere Schwerpunktbereich bezieht sich auf die Stärkung der fachübergreifenden Forschungsaktivitäten und der interdisziplinären Forschungsverbände. Das heißt für solche Projekte, die nach meiner Auffassung in der Vergangenheit besonders große Leistungsbeiträge – vor allem in der Grundlagenforschung – zu verzeichnen haben, sollte das Land den Universitäten Sondermittel zur Verfügung stellen.

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsidentin der TU Berlin wären?

Ich würde unverzüglich Kontakt mit der Wissenschaftsverwaltung aufnehmen, um die Zukunft des Hochschulvertrages zu klären. Insbesondere hätte ich Interesse daran, zu erfahren, ob der Senat tatsächlich an dem Ziel festhält, erhebliche Mittel aus dem Hochschulbereich abzugeben. Falls dies zutreffen sollte, bliebe nichts anderes übrig, als die vorhandenen Verträge zu kündigen, da deren Basis weggefallen ist. Allerdings müsste dieses Vorgehen mit den übrigen Hochschulen in Berlin abgestimmt werden und eine breite Debatte über die Zukunft der Hochschulen nach sich ziehen.

Was können aus Ihrer Sicht Medien und Universität tun, damit nicht nur über Kultur, sondern auch über die Anliegen aus Wissenschaft und Hochschule gesprochen und diskutiert wird?

Die Universitäten müssen ihr Anliegen „spannend“ verpacken. Wenn dies gelingt, interessieren sich die Medien und die Öffentlichkeit für die Hochschulen. Warum gibt es keinen „Hochschulticker“, der täglich die Medienwelt mit interessanten Geschichten versorgt?!



Ein Karneval der Kulturen

Von Japanisch bis Türkisch – Die Sprach- und Kulturbörse an der TU Berlin

HOCHSCHULZUGANG /tui/ Seit September bietet die Arbeitsgruppe Hochschulzugang des Akademischen Auslandsamtes neue Sprechzeiten an: dienstags und donnerstags von 9.30 bis 12.30 Uhr und von 14 bis 16 Uhr. Die Infobox der Zulassungsstelle bietet Tutorensprechstunden montags, mittwochs und freitags von 9.30 bis 15.30 Uhr in Raum H 50 an.

UNTERNEHMENSPLANUNG /tuil/ Am 16. Oktober 2001 übernimmt Prof. Dr. Michael Mirow, Siemens AG, Senior Vice President Corporate Strategies, das Fachgebiet „Strategische Unternehmensplanung“ von Prof. Dr. h.c. Dietger Hahn, Honorarprofessor, TU Berlin und Professor, Universität Gießen. Ort und Zeit: 16.10.2001, 8.30 Uhr s.t.–10.00 Uhr, Hörsaal P-N 203. Moderation: Prof. Dr.-Ing. Helmut Baumgarten, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Technologie und Management, Fakultät VIII

www.strategie.tu-berlin.de

SOZIALERHEBUNG /tui/ Nach der 16. Sozialerhebung „Die wirtschaftliche Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2000“ gibt es in Deutschland 1,76 Millionen Studierende. Der Durchschnittstudierende ist 24,7 Jahre alt, lebt in einer festen Partnerbeziehung und besitzt die allgemeine Hochschulreife. Im Studienjahr 2000/2001 nahmen 34 Prozent der Männer und 33 Prozent der Frauen ein Hochschulstudium auf. Die Studierendenzahl ist im Zeitraum Wintersemester 1999/2000 bis Wintersemester 2000/2001 erstmals wieder gestiegen. Als Trendwende kann man dies jedoch noch nicht bezeichnen. Fast drei Viertel der Kinder, deren Vater Beamter ist, beginnen ein Studium. Kinder von Selbstständigen oder Freiberuflern studieren zu 60 Prozent. Beim Nachwuchs aus Angestelltenhaushalten liegt sie mit 37 Prozent deutlich darunter. Nur zwölf Prozent der Arbeiterkinder gelangen an eine Hochschule.

JUNGE AKADEMIE /tui/ Die Junge Akademie an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina hat Ende Juli in Berlin ihre erste Preisfrage gestellt: Was ist es, das uns schmerzt? Die Antworten können als Text, Bild, Komposition oder in anderer Form bis 31. 12. 2001 eingereicht werden. Als erster Preis winken 5000 Euro.

www.diejungeakademie.de

VORTRAGSREIHE /tui/ Im November 2001 startet die neue Veranstaltungsreihe der Bertelsmann AG unter dem Dach des Centers für Wandel- und Wissensmanagement (CWW). Hochrangige Manager der Bertelsmann AG behandeln in Vorträgen und Diskussionsrunden aktuelle Themen, unter anderem aus den Bereichen Unternehmensstrategien, Logistik, E-Business, Multimedia sowie Wissensmanagement. Vortragsbegleitend werden Workshops zu aktuellen Themenschwerpunkten angeboten. Im anschließenden Sommersemester bietet das CWW den Studierenden die Möglichkeit, in Praxisprojekten an den Standorten der Bertelsmann AG im In- und Ausland mitzuwirken. Die Kooperation der TU Berlin mit der Bertelsmann AG wird an der Fakultät „Wirtschaft und Management“ durch das Institut für Technologie und Management betreut. Die Leitung hat Prof. Dr.-Ing. H. Baumgarten. Die Veranstaltungsreihe im Wintersemester 2001/2002 startet am 8. November mit dem Vortrag von Dr. Klaus Eierhoff, Mitglied des Vorstandes der Bertelsmann AG. Die Vorträge finden jeweils Donnerstags, ab 16 Uhr c.t., im Raum H 1028, Hauptgebäude der TU Berlin, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin statt.

www.cww.tu-berlin.de/Bertelsmann.

Beim Karneval der Kulturen aktiv mit dabei sein, Japanisch lernen, andere Kulturen „hautnah“ erleben – all das bietet die Sprach- und Kulturbörse (SKB). Sie ist ein studentisches Projekt am Institut für Sprache und Kommunikation der Fakultät I der TU Berlin. Das Projekt dient der Förderung des interkulturellen Lernens, der Fremdsprachenausbildung und der überfachlichen Qualifizierung an der TU Berlin. Ein wichtiges Ziel der SKB ist es, die Integration der ausländischen Studierenden zu unterstützen.

Die Internationalisierung von Studium und Berufsleben erfordert gerade von Studierenden immer umfangreichere Fremdsprachenkenntnisse, die zumeist im Rahmen des Studiums erworben werden müssen. Die SKB bietet hier ein An-

gebot, das auch in seiner Vielfalt an der TU Berlin sonst nicht zu finden ist. Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bietet die SKB die Möglichkeit, als Lehrende und in der Organisation praxisnahe Erfahrungen zu sammeln. Da sich an der Organisation und Durchführung des Programms ca. 80 Studierende aus 30 Nationen beteiligen, fördert die SKB nicht nur den interkulturellen Austausch, sondern ihre Mitglieder erhalten auch Einblicke in die Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit.

Zentrale Arbeitsbereiche des Projekts sind die Sprachlerngruppen, in denen durch Anwendung kreativer und alternativer Lernmethoden ein interkulturelles, selbstbestimmtes und interdisziplinäres Lernen verwirklicht werden soll. Neben den Sprachkursen bietet die

SKB Sprachpartnerschaften, offene Konversationsrunden, Austauschprogramme, Schreibwerkstätten, internationale Seminare und interne Fortbildungen. Die Sprachkurse werden von Mutter- und Landessprachlern angeleitet. In Kleingruppen von maximal elf Teilnehmern kann man derzeit 22 Sprachen von Arabisch über Japanisch bis Türkisch erlernen. Sprachkurse gibt es sowohl semesterbegleitend als auch während der Semesterferien. In diesem Wintersemester finden sie vom 5. 11. 2001 bis zum 8. 2. 2002 statt. Einschreiben kann man sich vom 22. 10. 2001 bis 2. 11. 2001.

Auch in den Semesterferien gibt es ein breites Sprachlernangebot. Die Kurse finden dann in zwei Blöcken im Zeitraum von zwei Wochen jeden Tag statt.

Die Einschreibung für diese Intensivkurse läuft vom 11. 2. 02 bis 8. 3. 02. Die Kurse finden in der Zeit vom 25. 2. 02 bis 8. 3. 02 (Block A) und/oder vom 11. 3. 02 bis 22. 3. 02 (Block B) statt. Die Kurse sind für die Teilnehmer auf Selbstkostenbasis gebührenpflichtig.

Das Multi-Kulti-Café ist ein Kultur- und Kommunikationsangebot in Form thematischer Abende. Dienstags ab 18 Uhr werden offene Konversationsrunden unter Anleitung von Muttersprachlern angeboten. Dieses Angebot richtet sich an alle, die erworbene Sprachkenntnisse anwenden, ausprobieren und weiterentwickeln möchten und Lust haben auf Gespräche zu aktuellen oder landeskundlichen Themen.

Anschließend, ab ca. 20 Uhr, vermitteln Diavorträge, Konzerte, Filme, Theaterstücke, Kulinarisches oder rauschende Partys einen Ausschnitt aus verschiedenen Kulturen. Veranstaltungen gibt es im Semester dienstags im Café Tel Quel (im Erdgeschoss des Telefunkenhochhauses, Ernst-Reuter-Platz 7). Diese Abende stellen ein offenes Angebot für alle dar, die Lust haben, ein Stück der eigenen Kultur zu präsentieren oder andere Kulturen kennen zu lernen. Für Programmideen gibt es im Büro interessierte und offene Ohren. Seit 2000 nimmt die SKB auch am Karneval der Kulturen teil.

Miguel Presas



Auch beim Karneval der Kulturen mischt die Sprachkulturbörse der TU Berlin mit

Franklinstr. 28/29, Raum 3005, 10587 Berlin, Tel: 314-2 27 30, Fax: 314-7 21 79, E-Mail: sprachboerse@tu-berlin.de
Bürozeiten: Di. und Do. 12–14 Uhr
Voraussichtlich zieht das Büro im Laufe des Wintersemesters in das Telefunkengebäude am Ernst-Reuter-Platz 7.
www.tu-berlin.de/fb2/skb2

Modellversuch:

Erziehungswissenschaften setzen Mentoren ein

Ab dem Wintersemester 2001/2002 bietet der NC-Studiengang Erziehungswissenschaft (Magister/Magistra) Studienanfängern im ersten Hauptfach Erziehungswissenschaft erstmalig die Möglichkeit, sich freiwillig an einem Mentorenprogramm zu beteiligen. Einstiegsinformationen über das Programm erhalten die Erstsemester mit ihren Immatrikulationsunterlagen.

Als Mentoren für das Grundstudium stehen akademische Mitarbeiter, Privatdozenten und Hochschullehrer der Erziehungswissenschaft zur Verfügung. Dabei soll jeder Mentor pro Semester nicht mehr als fünf Studierende betreuen. Im

Hauptstudium wählen die Studierenden ihre Mentoren selbst. Entwickelt wurde das Mentoring-Modell von Rebekka Orłowsky, Studienbüro der Fakultät I, und Prof. Dr. Ulf Preuss-Laustitz, Institut für Erziehungswissenschaft, vor dem Hintergrund der Evaluation einer Studierendenumfrage im erziehungswissenschaftlichen Magisterstudiengang (siehe „TU intern“ 2–3/2001). Dort hatten 77,5 Prozent der Studierenden den Wunsch geäußert, ihr Studium hindurch mentoriel betreut zu werden.

Das Programm zielt darauf ab, den Studierenden frühzeitig Orientierungshilfen in Bezug auf Studienorganisation

und -anforderungen zu geben, individuelle fachliche und berufsorientierte Profilierung zu fördern, kontinuierliches Feedback auf Studien- und Prüfungsleistungen anzubieten, Studienprobleme frühzeitig zu erkennen und gemeinsam Lösungswege zu suchen.

Das Modell versteht sich als Beitrag zur Optimierung der Studiensituation und zur Verkürzung von Studienzeiten. Mit einer Dokumentation der Studienverläufe soll das Programm der Fakultät zudem richtungsweisende studien-, planungs- und modellbezogene Daten liefern.

Im Unterschied zu den USA, Großbritannien oder Italien, wo Mentoring

längst institutionalisiert und mit finanziellen und personellen Kapazitäten ausgestattet ist, läuft das hiesige Programm vorerst als Modellversuch über zwei Jahre und ohne zusätzliche kapazitätsunterstützung. So wird die Koordination vom Institut für Erziehungswissenschaft übernommen, die Dokumentation der Studienverläufe und die Evaluation des Programms leistet das Studienbüro. Nach dem zweijährigen Probelauf wird auf der Grundlage einer Evaluation darüber entschieden, ob das derzeitige Modell modifiziert werden soll und ob es in die Studienordnung für den Studiengang integriert wird. *Rebekka Orłowsky*

+++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++



Fred Kapella, Kapella Baustoffe GmbH, TU Alumnus

In einer Zeit zunehmend knapper werdender Mittel, in einer Zeit der totalen Sozialisierung von Schulangebot, Studienangebot und Kultur und damit Fehlen von Anreizen zu Höchstleistungen ist es besonders schwer, die von Ihnen gestellten Fragen zu beantworten, ohne dabei gleich ins „militante Lager“ abzugleiten. Ich habe mich zu folgendem Statement durchgerungen:

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt würden?

Kassensturz: Welche Mittel stehen zur Verfügung, welche Mittel werden heute wozu aufgewandt? Feststellungen des Personalstatus: Wie viel Personal ist für welche Funktion zurzeit eingesetzt? Sind die wahrgenommenen Aufgaben tatsächlich Aufgaben des Staates? Können die Aufgaben ggf. auch privatwirtschaftlich organi-

siert werden? Wie kann der Personalstand durch Produktivitäts-, Effizienzsteigerung reduziert werden, um mehr investive Mittel im Ressortbereich zur Verfügung zu haben? Bewertung/Prioritäten im Aufgabenbereich setzen.

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsident der TU Berlin wären?

Auch hier würde ich mit einem Kassensturz beginnen, (...) Ziel hier: a) weg von zu langer Studiendauer, Aufbau von Instrumentarien; b) Förderung der Elite; c) Qualitätsoffensive sowohl auf Seiten des Lehrpersonals als auch auf Seiten der Studenten. (...)

Was können aus Ihrer Sicht Medien und Universität tun, damit nicht nur über Kultur, sondern auch über die Anliegen aus Wissenschaft und Hochschule gesprochen und diskutiert wird?

Die Universität muss stärker den Pressekontakt zu den entsprechenden Redaktionen pflegen, und da der Bereich Bildung in den meisten Zeitungen nur stark unterrepräsentiert ist, müssen über einen engeren Kontakt zu den Wirtschaftsredaktionen bis hin zur Lokalpresse die Themen intensiv platziert werden. (...)



Uwe Schlicht, Der Tagesspiegel, Redaktion Wissen

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt würden?

Ich möchte nicht zum Senator eines Ressorts gewählt werden, das in dieser Kombination unter zwei Senatoren der CDU für die Wissenschaft eine Mesalliance war. Von der Konstruktion her wird die Kombination erneut dazu führen, dass die Wissenschaft zum Wurmfortsatz der Kultur wird. (...)

Die meisten Bezüge hat die Wissenschaft zur Wirtschaft. Daher sollten Wissenschaft und Wirtschaft zusammengehen, um zu verdeutlichen, dass die Zukunft der Arbeitsplätze in Berlin weitgehend von der Wissenschaft bestimmt sein wird. (...)

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsident der TU Berlin wären?

Die wichtigste Aufgabe in Berlin ist es, endlich einen Mentalitätswandel zu erreichen. Noch ist die Mochtegermetropole in der Stadtregierung und dem Denken ihrer „Eliten“ eher Provinz als Hauptstadt. Typisch dafür ist das Denken in Bezirken und Wahlkreisen (...). Die zweitwichtigste Aufgabe ist es, die sinnlose Verfassungsänderung wieder rückgängig zu machen, die in Berlin nur acht Senatsressorts möglich macht und zu so aberwitzigen Kombinationen wie der Zusammenlegung von Kultur und Wissenschaft geführt hat.

Was können aus Ihrer Sicht Medien und Universität tun, damit nicht nur über Kultur, sondern auch über die Anliegen aus Wissenschaft und Hochschule diskutiert wird?

Die Hochschulen müssen gute Leistungen präsentieren, und das in einer allgemein verständlichen Form. Sie müssen sich interessant machen. Wenn die Hochschulen Experten zu aktuellen Themen präsentieren, müssen diese auch bereit sein, schnelle und verständliche Antworten zu geben. Auf Experten, die entweder kneifen oder glauben, in Tageszeitungen sei der Stil und Umfang von Fachzeitschriften angebracht, verzichten wir gerne. (...)

Im Verkehr sind TU-Beschäftigte nicht durchschnittlich

Lehrverbund entwickelt Verkehrskonzept für die TU Berlin – Interesse an Job-Ticket groß

Studierende finden keinen freien Radbügel und kommen so zu spät zur Vorlesung, Dozenten streiten sich um die raren Parkplätze, Angestellte meckern über schlechtes Busangebot. So oder so ähnlich stellt sich für viele Mitglieder der TU Berlin die momentane Verkehrssituation zumindest zu den Stoßzeiten an den verschiedenen Standorten der Uni dar.

Drei Einrichtungen der Fakultät V „Verkehrs- und Maschinensysteme“ wollen nun auf Anregung des Umweltschutzbeauftragten des Präsidenten, Thomas Albrecht, diesem Übel beikommen. Ihr Lösungsansatz: Ein Integriertes Verkehrskonzept für die TU Berlin. Um das zu entwickeln, wurde ein Lehrverbund aus dem Fachgebieten Integrierte Verkehrsplanung sowie Straßenplanung und Straßenbetrieb und dem Verkehrsweseneminar gebildet. Dieser Verbund koordiniert über drei Semester immerhin neun Lehrveranstaltungen. wie „Verkehrswesenprojekt“, „Verkehrsmaßnahmen und -auswirkungen“, „Wirtschaftsverkehr oder Planung“ und „Bemessung von Straßennetzen“.

Ziel ist es, Individualverkehr und öffentlichen Verkehr sinnvoll und zukunftsorientiert kombiniert, die Abläufe im Wirtschaftsverkehr umweltverträglich zu gestalten und alle Beteiligten bei der Planung und Umsetzung mit einzubeziehen. Der Lehrverbund wird vom Sommerse-



Ein Verkehrskonzept muss her – jetzt wird zunächst die Situation analysiert

mester 2001 bis Sommersemester 2002 bestehen. In den Lehrveranstaltungen des vergangenen Semesters wurden Daten zum Berufsverkehr der Mitarbeiter und zum Wirtschaftsverkehr der TU Berlin ermittelt. Für das Wintersemester ist eine Studierendenbefragung geplant. In der Lehrveranstaltung „Verkehrserfassung und -simulation“ des Fachgebiets Integrierte Verkehrsplanung sind eine Parkraumzählung und eine Mitarbeiterbefragung zum Berufsverkehr (200 Befragte) durchgeführt worden. Das vielleicht überraschende Ergebnis: Über zwei Drittel (69 Prozent) der TU-

Mitarbeiter nutzen Verkehrsmittel des Umweltverbundes (Fuß-, Fahrrad- und öffentlicher Verkehr), um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen: Mit dem ÖPNV (U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn und Bus) fahren 48 Prozent zur Arbeit, mit der Bahn (Regionalzüge) und damit aus dem Umland kommen zwei Prozent. Weitere 19 Prozent tun aktiv etwas für die Gesundheit und kommen mit dem Fahrrad (17 Prozent) oder gehen zu Fuß (zwei Prozent). Den Pkw als Fahrer oder Mitfahrer nutzen 29 Prozent. Das Motorrad ist für TU-Mitarbeiter kein Kultobjekt – nur zwei Prozent fahren damit.

Damit weicht das Verkehrsverhalten der TU-Mitarbeiter bemerkenswert vom Durchschnittsberliner ab. Sie benutzen zehn Prozent mehr ÖPNV, 20 Prozent weniger PKW und 10 Prozent mehr Fahrrad. Bei der telefonischen Befragung wurde das Interesse an einem Jobticket erfragt. Insgesamt haben 70 Prozent der Mitarbeiter Interesse an der Jobkarte. Allein von den PKW-Nutzern würden sie 56 Prozent nutzen wollen. Ein echtes Umsteigepotenzial.

Das Parkplatzangebot im öffentlichen Raum ist großzügig. Fast 2100 Parkplätze stehen in den untersuchten Straßen und öffentlichen Parkplätzen rund um die Universität zur Verfügung. Konflikte lassen sich wenig ausmachen, da es im Untersuchungsgebiet kaum konkurrierende Gruppen gibt.

Die Erfassungen zum Wirtschaftsverkehr fanden ebenfalls im Rahmen einer Projektübung in der Lehrveranstaltung Wirtschaftsverkehr 2 am Fachgebiet Integrierte Verkehrsplanung statt. Die Übungsteilnehmer analysierten zuerst die Struktur des Wirtschaftsverkehrs an der TU. Dabei sind drei unterschiedliche Akteursgruppen erkannt worden: wissenschaftliche Einrichtungen (Fachgebiete, wissenschaftliche Zentraleinrichtungen, An-Institute u. ä.), Zentrale Universitätsverwaltung und externe Akteure auf dem Gelände der TU (Studentenwerk, Cafés, Kopierdienste, Rei-

nigungs- und Versorgungsunternehmen u. a.).

Während die wissenschaftlichen Einrichtungen per E-Mail-Fragebogen befragt werden, fanden bei den Anderen mündliche Interviews statt. Die Fragebogenaktion läuft noch. Die Experteninterviews zeigen ein differenziertes Bild. Während die meisten externen Unternehmen ihren Verkehr meist optimal gestalten, weisen Einrichtungen an der TU Rationalisierungspotenzial auf. So könnten Fahrzeuge über den Tag besser ausgelastet werden oder Lagermöglichkeiten eine Bündelung von Bestellungen ermöglichen und damit Lieferfahrten und Kosten sparen. Im ersten Überblick lassen sich für die stadtvorgängere Gestaltung des Wirtschaftsverkehrs Maßnahmen ableiten, die oft in früheren Jahren abgeschafft wurden (zentrale Bestellung, zentrale Lagerhaltung usw.). Es wird sicherlich einiges an Überzeugungskraft kosten, hier neben innovativen neuen auch „gute alte“ Instrumente (wieder) einzuführen. In einer übergreifenden, zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit liegen offensichtlich die meisten Potenziale. Die Erarbeitung von Konzepten, aufbauend auf den erhobenen Daten, ist die Aufgabe der Projektübungen im Wintersemester.

Wulf-Holger Arndt,

Hans-Joachim Becker, Anja Hänel

www.verkehrsplanung.tu-berlin.de

Architekturausstellung:

Das neue Berlin präsentiert sich in Brasilien

Eine der größten Berlin-Ausstellungen seit dem Mauerfall fand vom 27. August bis 30. September 2001 in São Paulo statt. Die deutsche Hauptstadt präsentierte sich in der Zwölf-Millionen-Metropole mit den Architekturmodellen der wichtigsten Bauprojekte der letzten elf Jahre.

Im Auftrag von Partner für Berlin, Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH, und dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in São Paulo erarbeitete die Arbeitsstelle für europäische Stadtgeschichte an der TU Berlin unter der Leitung von Prof. Heinz Reif diese Ausstellung mit dem Titel „Das neue Berlin – Architektur einer Metropole“. Jedes Modell wurde mit großformatigen Bild- und Texttafeln erläutert, deren Inhalt und Layout von Mitarbeitern der Arbeitsstelle entwickelt wurden. Eine Besonderheit der Ausstellung waren die zusätzlichen studentischen Kommentare, die am Institut für Geschichte und Kunstgeschichte erarbeitet wurden.

Die Architektur-Schau in Brasilien ist bereits das dritte Ausstellungsprojekt der Arbeitsstelle für europäische Stadtgeschichte, bei dem die Architektur des neuen Berlin in Budapest (Oktober 2000) und Kiew (Mai/Juni 2001) mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten präsentiert wurde. Bildeten die Ausstellungen bislang das Rahmenprogramm für Auslandsbesuche des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, so wurde die bisher aufwändigste Ausstellung in Brasilien anlässlich des geplanten Staatsbesuches von Bundeskanzler Gerhard Schröder in Südamerika vorbereitet. Am 27. August eröffneten der Präsident des Landtages von São Paulo, Walter Feldmann, der deutsche Generalkonsul Dieter Zeisler und der Geschäftsführer von Partner für Berlin Dr. Volker Hassemer die Ausstellung. Auch die Architekten des Bundeskanzleramtes, Axel Schultes und Charlotte Frank, nahmen, gemeinsam mit 600 Vertretern aus Politik, Kultur und Gesellschaft, an der Eröffnung teil.



Axel Schultes (2. v.r.), einer der Architekten des Bundeskanzleramtes, erklärt den brasilianischen Gastgebern die Architektur des neuen Berlin (r. Dr. Volker Hassemer (Partner für Berlin))

Das deutsche Generalkonsulat wird die Berlin-Ausstellung in diesem Jahr noch in zwei weiteren Städten Brasiliens präsentieren. Die Kooperationen zwischen der Arbeitsstelle für europäische Stadtgeschichte und zahlreichen großen Un-

ternehmen und Gesellschaften Berlins sollen auch weiterhin dazu genutzt werden, Baugeschehen und Stadtentwicklung Berlins während der letzten Dekade zu dokumentieren.

Für die Jahre 2002 und 2003 sind mehrere umfangreiche Projekte in Zusammenarbeit mit den Berliner Wohnungsbau-gesellschaften in Vorbereitung. Ziel der Arbeitsstelle für europäische Stadtgeschichte ist es, jungen Wissenschaftlern und interessierten Studierenden die Möglichkeit zu geben, ihre Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Thomas Wehle

Berlin Summer School Infrastruktur

Das Fachgebiet Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik (WIP) der TU Berlin bietet in der Zeit vom 14. bis zum 21. Oktober 2001 die Berlin Summer School on Private Participation in Infrastructure an. Das Angebot richtet sich einerseits an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter internationaler Infrastrukturbetreiber, Finanzierungs- und Entwicklungshilfeorganisationen sowie andererseits an Entscheidungsträger in Regierungsbehörden. Der Kurs wird in englischer Sprache abgehalten. In diesem Kompaktkurs werden aktuelle Entwicklungen zu Finanzierung, Regulierung und Management von Infrastrukturprojekten in Entwicklungs-, Schwellen-, Transformations- und Industrieländern behandelt. Das Programm besteht aus Vorträgen, der Bearbeitung und Diskussion von Fallstudien und Workshops zu den Themen Transport und Wasserwirtschaft. Die Veranstaltung wird unterstützt von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. tui

www.wip.tu-berlin.de/berlin-summer-school

+++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++



Anja Schillhaneck, ASTA der TU Berlin und AS-Mitglied

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zur neuen Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt werden würden?

(...) im Bereich der Hochschulen sehe ich dringenden Handlungsbedarf vor allem in der kurzfristigen Sicherung von mindestens 100 000 ausfinanzierten Studienplätzen sowie darin, so schnell wie möglich zu beginnen, mit allen Beteiligten und Betroffenen in den Diskussionsprozess einzutreten, an dessen Ende ein neues Berliner Hochschulgesetz steht. Hierbei müssen vor allem die Spielräume des neuen Hochschulrahmengesetzes (HRG) zur Stärkung von Demokratie und Mitbestimmung für alle Statusgruppen an den Hochschulen und auch den wissenschaftlichen Einrichtungen genutzt werden. In dieses Gesetz gehört auch ein eindeutiges Verbot von Studiengebühren, egal in welcher Verkleidung.

Hochschulen müssen Anreize bekommen, sich viel stärker als bisher als Teil dieser Stadt zu begreifen und sich auch für nichtklassische Klientel zu öffnen und auch selber Verantwortung für die Stadt zu übernehmen. Ebenfalls ist es dringend nötig, die Auseinandersetzung mit der immer noch stark paternalistischen und eurozentristisch orientierten Wissenschaftskultur und ihren Auswirkungen auf Studium, Forschung und Lehre (...) endlich ernsthaft zu beginnen. (...)

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsidentin der TU Berlin wären?

Präsidentin, jetzt sofort? Als Allererstes, allerdings bestimmt erst nach der Kontrolle des Posteinganges, würde ich dafür sorgen, dass diejenigen, deren Daten aufgrund der Anfrage des Landeskriminalamtes nach Studenten arabischer Herkunft herausgegeben wurden, darüber in Kenntnis gesetzt und sie über mögliche Folgen aufgeklärt werden. Jenseits dessen bin ich der Ansicht, dass es auch bei HochschulpräsidentInnen nicht auf publizitätswirksame erste Handlungen o.ä. ankommt, sondern auf sinnvolles, diskurs- und prozessorientiertes Handeln und Leiten.



Ulrike Plewnia
Focus Magazin

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zur neuen Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt werden würden?

Hochschule: Straffung des Studiums, Verbesserung der Lehrqualität, kleinere Gruppen, Finanzierung über Studiengeldern.

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsidentin der TU Berlin wären?

Dazu fehlen mir die Insiderkenntnisse ...

Was können aus Ihrer Sicht Medien und Universität tun, damit nicht nur über Kultur, sondern auch über die Anliegen aus Wissenschaft und Hochschule diskutiert wird?

Wird es doch, aber vielleicht ist die Umwelt doch vielen Medienvertretern wie mir – 40 Jahre, mit 24 Jahren war ich mit dem Studium (damals Trendsetter, M. A. in Amerika) fertig – zu fern ... Die Unis und vor allem die Studenten sollten sich nicht jeglichen Reformvorschlägen verweigern und immer nur jammern.



Dr. Anke-Sophie Meyer, Berliner Morgenpost, Ressort Wissenschaft und Hochschule

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zur neuen Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt werden würden?

Da ich mich wie viele meiner Vorgänger(innen) im Tal der Ahnungslosen befände, würde ich mich für beide Ressorts um einen Kenner der Materie und der Verwaltung bemühen. (...)

Zweiter Schritt: Ich würde mir, ohne dass mir Lobbyisten hereinreden, einen Überblick verschaffen, welche Bereiche der Wissenschaft und Forschung wir in Zukunft stärker fördern müssen, damit Arbeitsplätze in Berlin entstehen. Trotz Arbeitsüberlastung zwänge ich mich, alle zwei Wochen die Drahtzieher aus Hochschule, Akademie der Wissenschaft und Kultur zu mir einzuladen. Dritter Schritt: Innerhalb der Partei, die mich aufgestellt hat, zöge ich unermüdetlich von Mann zu Frau, um sie unauf-

haltsam mit realitätsnahen Beispielen von den Leistungen meines Ressorts zu überzeugen. Besonders der Regierende Bürgermeister (mit einer Frau in diesem Amt ist ja in Berlin noch nicht zu rechnen) wäre ein dauerhaftes Ziel meiner Überzeugungsattacke. Die Wissenschaftler müssten mir natürlich zuvor glaubhafte Beispiele dafür liefern. Zum Schluss wären der Regierende und die Abgeordneten davon überzeugt, dass das Lebensgefühl und auch der Wohlstand dieser Stadt direkt mit der Wissenschaftsstadt Berlin verknüpft ist! Weshalb sie zukünftig vehement gegen erneute Einsparungen protestierten.

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsidentin der TU Berlin wären?

Einen Wochenendworkshop für alle Professoren und Mitarbeiter organisieren. Arbeitstitel erster Teil: „Kommunikation, was ist das?“ Zweiter Teil: „Wie verlasse ich meine eigene kleine Gedanken- und Interessenwelt und steige ins TU-Boot“.

Was können aus Ihrer Sicht Medien und Universität tun, damit nicht nur über Kultur, sondern auch über die Anliegen aus Wissenschaft und Hochschule diskutiert wird?

Keine Angst mehr vor vielleicht auch manchmal übertriebenen öffentlichen Diskussionen haben. Selbst Debatten auslösen. Agieren, nicht nur reagieren.



BOHLMANN-VORLESUNG /bk/ In diesem Jahr ist Prof. G. Whitesides von der Harvard University eingeladen, die Bohlmann-Vorlesung 2001 zu halten. Für diese Veranstaltung, die schon seit vielen Jahren im Institut für Organische Chemie stattfindet, werden gemeinsam mit der Schering AG herausragende Wissenschaftler gewonnen, die den von der Schering AG gestifteten Preis „Bohlmann-Vorlesung“ erhalten. Ebenfalls im Rahmen dieser Feier wird der Schering-Preis 2000 verliehen. Die Festveranstaltung findet am 12. November 2001 um 16.00 Uhr statt. Ort: Hörsaal C 130 (altes Chemiegebäude) der TU Berlin, Straße des 17. Juni 115, 10623 Berlin. Eingeladen sind auch herzlich alle Alumni der Fächer Chemie und Physik, die Mitglied im TU-Alumni-Programm sind.

UNI ADE /bk/ Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs Bauingenieurwesen, die im letzten Jahr erfolgreich ihr Studium abgeschlossen haben, sind eingeladen, von der TU Berlin Abschied zu nehmen. Die Absolventenfeier der Bauingenieure und Bauingenieurinnen findet am 19. Oktober um 16.00 Uhr im Lichthof des TU-Hauptgebäudes statt. Auch der Ernst-Trapp-Preis wird in diesem Rahmen wieder vergeben. Natürlich sind auch wieder Alumni der vergangenen Jahre, die Mitglied im TU-Alumni-Programm sind, herzlich zu der Feier eingeladen.

STARTUP 2002 BEGINNT /bk/ Und wieder beginnt eine neue Runde des größten Gründungswettbewerbs Deutschlands. Veranstalter wird der StartUp-Wettbewerb vom Stern, den Sparkassen, der Unternehmensberatung McKinsey & Company und dem ZDF. Neu ist in diesem Jahr, dass der Wettbewerb integraler Bestandteil des im Juni 2002 erstmals zu verleihenden Deutschen Gründerpreises ist. Bewerber können sich Gründerinnen und Gründer aus allen Branchen. Wer mehr über den StartUp-Wettbewerb 2001 wissen möchte, sollte die angebotene Info-Veranstaltung in der TU Berlin besuchen. Nicht nur die Teilnahme-modalitäten kann man dort erfahren, es gibt auch Hinweise zu den wichtigsten Bausteinen eines Geschäftsplanes, und Experten berichten aus der Praxis der Gründungsfinanzierung und des Gründungsprozesses. Die Informationsveranstaltung, die auch den Auftakt des Landeswettbewerbs Berlin darstellt, findet am 23. Oktober um 17.00 Uhr statt. Ort: TU Berlin, Hauptgebäude, Raum H 1058, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin.
 → www.wtb.tu-berlin.de

BUSINESSPLAN-WETTBEWERB /bk/ Am 1. November startet zum siebten Mal der Businessplan-Wettbewerb Berlin-Brandenburg. Ziel des Wettbewerbs ist es, den Teilnehmern die Entwicklung eines tragfähigen Unternehmenskonzeptes als Grundlage für eine Existenzgründung zu ermöglichen. Träger dieses Wettbewerbs sind die regionalen Hochschulen, die Projektleitung liegt in den Händen der Investitionsbank Berlin und der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin u. Brandenburg e.V. Auf der Einführungsveranstaltung in der TU Berlin gibt es weitere Informationen zum Businessplan-Wettbewerb. Sie findet statt am Dienstag, dem 6. November 2001, um 16.30 Uhr. Ort: TU Berlin, Hauptgebäude, Raum H 1058, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin.

Meinungen aus der Praxis

Rolf Lechner
Ein ungewöhnlicher Dirigent

Rolf Lechner ist sehr bodenständig – von Berufs wegen. Der 59-jährige gebürtige Königsberger ist studierter Wirtschaftsingenieur und Immobilienexperte. Im Jahr 2000 hat er seine zweite Firma gegründet. Eigentlich hatte er vorgehabt, sich zur Ruhe zu setzen, aber schnell erkannte, dass er noch nicht ruhig genug war für den Ruhestand. „Ich habe zwar schon Golfplätze gebaut, spiele aber selbst kein Golf“, erklärt er. Auch seine zweite Firma, die „immobilien-experten-ag.“, läuft sehr gut. Dabei hatte der Student Rolf Lechner ursprünglich mit der Automobilbranche geliebäugelt. Den größten Teil seiner Kindheit verbrachte er in Stuttgart. Nach dem Abitur hatte ihm ein Berufsberater zum BWL-Studium geraten. Das war Lechner jedoch zu einseitig. Deshalb entschied er sich für Wirtschaftsingenieurwesen. „Die Kombination aus betriebswirtschaftlichem und technischem Wissen finde ich immer noch sehr sinnvoll und nützlich“, resümiert Lechner. Das Fach wurde damals nur an drei Universitäten angeboten. So begann er 1962 sein Stu-

dium an der TU Berlin. Hier lernte er bald über einen Kommilitonen einen Volkswirt kennen, der für einen westdeutschen Bauunternehmer eine Filiale in Berlin aufbauen sollte. Seit dem dritten Semester beteiligte sich Rolf Lechner an der Aufbauarbeit. Seine Diplomarbeit schrieb er aber trotzdem über Automotoren. An der TU Berlin knüpfte er einen weiteren, für seine Zukunft wichtigen Kontakt: Im zweiten Semester lernte er seine spätere Frau Almut, damals Architekturstudentin, kennen, die ihr Diplom an der TU Berlin 1969 erwarb. Nach seinem Abschluss 1968 stieg der frisch gebackene Wirtschaftsingenieur ganz bei dem westdeutschen Bauunternehmen ein. Auf seiner Position fühlte er sich aber bald unterfordert und machte sich 1969 kurzerhand mit der Konzeption, Durchführung und dem Management von Immobilieninvestitionen selbstständig. Bereits zwei Jahre später gründete Lechner die BOTAG Bodentreuhand- und Verwaltungs-AG. Zunächst war seine Firma nur in Berlin tätig, später dehnte



er die Aktivitäten auch auf Westdeutschland, Europa und schließlich bis in die USA und nach Brasilien aus. „Ich wollte einfach über Mauer und Stacheldraht hinaus tätig sein“, sagt Lechner. Nach der Wende konzentrierte er aber seine Kräfte auf Berlin und Brandenburg. „Im Immobiliengewerbe gab es nach dem Mauerfall große Chancen, aber gleichzeitig waren die Risiken unwägbare, denn die öffentlichen Förderungen für Bauvorhaben waren weggefallen“, erläutert er. Vor dem Mauerfall wurde beispielswei-

se der öffentliche Wohnungsbau zu 95 Prozent vom Staat gefördert. Um die finanziellen Risiken abzusichern, suchte er sich ein großes europäisches Immobilienunternehmen als Partner. „Ich fühlte mich aber in der Konzernstruktur nicht wohl – schließlich war ich seit 30 Jahren Mittelständler“, erinnert sich Lechner. Also verkaufte er alle Aktien an den Immobilienkonzern und schied Ende 1999 als Vorstandsvorsitzender aus. Jetzt ist er wieder Vorstandsvorsitzender. Seine zweite Firma hat eine sehr dynamische Struktur: Je nach Bedarf wird ein Team aus Experten gebildet, die jeweils eigenständige Unternehmer sind. „Ich bin also der Dirigent in einem Orchester aus lauter Klasse Solisten“, sagt Lechner. Während er in seiner ersten Firma überwiegend Privatkunden betreute, gehören jetzt vor allem gewerbliche Unternehmen und Non-Profit-Organisationen zu seinen Kunden, die entweder Immobilieninvestitionen planen und durchführen oder sich von nicht betriebsnotwendigen Liegenschaften trennen wollen. Außerdem fördert Lechner als „business angel“ Jungunternehmer, die sich im Immobilienbereich betätigen wollen. Und was ist das nächste Ziel des Immobilienexperten? „Petersburg – aber nur als Tourist“, versichert er.

Humanistisches Begleitstudium:
Bei einigen beliebt, von anderen abgelehnt

Vielleicht können sich die älteren Mitglieder im TU-Alumni-Programm noch daran erinnern, dass sie vor über einem Jahr Post von uns bekamen mit der Bitte, an einer Umfrage zum Humanistischen Begleitstudium teilzunehmen. Der Doktorand Jürgen Arp bat um die Hilfe der Alumni, die zwischen 1948 und 1968 an der TU Berlin studiert haben. In seiner Dissertation hat er genauestens die Entwicklung des Humanistischen Studiums an der TU Berlin nachgezeichnet. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Zerschlagung des Dritten Reichs war es an der TU Berlin unbestritten, dass eine Bildungsstätte Verantwortung dafür zu übernehmen habe, dass die Studierenden gegen die Einflüsse totalitärer Ideologien „immun“ gemacht werden müssen. Durch die Einrichtung des Humanistischen Studiums für die Studierenden der Ingenieur- und Naturwissenschaften sollte auf die jüngste Vergangenheit reagiert werden. Ausserdem gab es noch einen ganz praktischen Grund für die Einführung des Humanistischen Studiums. Es sollte auch dazu dienen, die Studienanfänger, die aufgrund des Krieges zum Teil eine unzureichende Schulbildung aufwiesen, auf ein einheitliches



Angehende Ingenieure sollten zwischen 1948 und 1968 nicht nur Technik vermittelt bekommen

Wissensniveau zu bringen. Aus den Interviews mit den Absolventen der Jahrgänge 1948 bis 1970 gewann Jürgen Arp Erkenntnisse über die Akzeptanz des Humanistischen Studiums innerhalb der Studentenschaft. In den Nachkriegsjahren waren ablehnende und zustimmende Stimmen ausgewogen. Viele der Ehemaligen lassen sich hier in zwei Gruppen aufteilen. Diejenigen, die einen vollständigen Schulabschluss vorweisen konnten

und somit häufig älter waren, fühlten sich gebremst. In den sechziger Jahren fand das Begleitstudium überwiegend Zustimmung, was zum einen an dem stark reduzierten Stundenumfang lag. Außerdem hatte man einen neuen Begründungszusammenhang für das Humanistische Studium entwickelt. Der erweiterte Horizont durch die Belegung der humanistischen Fächer wurde als Markenzeichen gewertet, man rühmte

sich damit, international orientierte Führungskräfte auszubilden. Viele der interviewten Alumni erinnerten sich daran, dass es die Haltung gab, einer Elite anzugehören. Das Ende für das Humanistische Studium kam 1968 und wurde von zwei unterschiedlichen Gruppen vorangetrieben. Zum einen waren dies diejenigen, die die Studienzeiten im Auge hatten und im Humanistischen Studium einen wesentlichen Grund für die damals deutliche Überschreitungen der Regelstudienzeit sahen. Zum anderen gab es die 68er, die das Humanistische Studium als bildungsbürgerlich abschaffen wollten. In seiner Dissertation blickt Jürgen Arp auch in die Zukunft und entwickelt ein Konzept, nach dem sich ein „geisteswissenschaftliches Begleitstudium“ bzw. eine „punktuelle Integration geisteswissenschaftlicher Inhalte“ in das heutige Ingenieurstudium einbauen lassen könnte. bk

Jürgen Arp, „Das Humanistische Studium für Ingenieure an der TU Berlin von 1948 bis 1968“, Mensch & Buch Verlag, Berlin 2001, Signatur in der UB: 8W6327

+++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt +++ Berlin wählt



Dr. Tim Stuchtey, TU-Alumnus im Fach VWL

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Kultur- und Wissenschaftssenator gewählt würden?

Bevor ich Senator wäre, würde ich auf eine Teilung des Ressorts drängen. Wissenschaft und Kultur in einer Senatsverwaltung halte ich für sehr unglücklich. Dann würde ich im neuen BerlHG den Hochschulen die Möglichkeit einräumen, für ihre Studienangebote Entgelte erheben zu können. Gemeinsam mit Finanzdienstleistern und den Hochschulen würde zusätzlich jedem Studierenden die Möglichkeit gegeben, seine Studienentgelte über ein Darlehen vorzufinanzieren, das nach dem Hochschulbesuch einkommensabhängig zurückzahlen ist. Die Zuweisung der staatlichen Mittel muss ebenfalls stärker an die Studienentscheidungen der Studenten gekoppelt werden. Zuletzt würde ich die Rechtsform der

Hochschulen in Richtung einer Stiftung oder gemeinnützigen GmbH umwandeln und damit der TU mehr Autonomie geben.

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsident der TU Berlin wären?

Die neu geschaffene Autonomie würde ich als Präsident nutzen, um von Privatleuten und der Wirtschaft Stiftungsgelder einzusammeln. Die Mitarbeiter der TU würden erfolgsabhängig bezahlt, Professoren nicht mehr verbeamtet. Wettbewerbsfähige Studiengänge dürften Gebühren von ihren Studierenden erheben, die einzig für die Verbesserung der Lehre eingesetzt werden. Der berufliche Erfolg meiner Alumni wäre ein Aushängeschild, mit dem ich neue Studenten und Geldgeber an die TU holen würde.



Dr. Lutz Kredel, TU-Alumnus im Fach Wirtschaftsingenieurwesen

Welche Schwerpunkte würden Sie setzen, wenn Sie zum neuen Kultur- und Wissenschaftssenator gewählt würden?

Verteilung von Forschungs- und Lehrschwerpunkten auf die einzelnen Hochschulen in Berlin. Hierbei sollten vorrangig die Gesichtspunkte der transdisziplinären Forschungsmöglichkeiten (beispielsweise Nachhaltigkeit bzw. regenerative Energien) und der interdisziplinären Lehre maßgeblich bei der Neugestaltung der Hochschullandschaft (einschließlich der Neugliederung der Fakultäten/der Studiengänge und Prüfungsordnungen) Berücksichtigung finden.

Was wäre Ihre erste Handlung, wenn Sie Präsident der TU Berlin wären?

Revitalisierung einer akademischen Kultur im Sinne des Humboldtschen Ideals.



Ballett- und Tanzschule
E-Mail: DanceOptBerlin@aol.com
Kinderanz
Ballett
Modern
Jazz
Shopp
Hip Hop
Gesang (klassisch + Pop + Musical)
Tango Argentino
Salsa
Yoga
Profilkurse (Ballett + Modern)
Hardenbergstraße 8
10623 Berlin-Charlottenburg
Nähe Kneesebeckstraße
U-Bhf. Ernst-Reuter-Platz
Telefon 61 50 75 75

Münzen der Welt zu „Brot für die Welt“!

GO, GO, GO!
jetzt ummünzen!

Der EURO kommt. Tauschen Sie Ihr europäisches Restgeld in ein Stück Gerechtigkeit!
Abgabestelle finden Sie überall, wo Sie das Aktionemotto sehen. Oder: „Brot für die Welt“, Staßbergstraße 76, 70194 Stuttgart